

93

Jan./Feb. '02
17. Jahrgang
€ 1,50
ISSN: 1436-7823

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Homepage: www.afb-bbz.de

Sonstige Themen:

- Gedenken an
Liebknecht und
Luxemburg
- Wehrmachts-
ausstellung mit
neuem Konzept
- AFB-Jahresbericht
- Nazis in Bottrop
- Kein Frieden um
Israel , Teil 2
- Geheimdienststaat
- Journalismus oder
Scharlatanerie?
- Resolution der Roten
Hilfe Göttingen

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel/Fax: 030 / 611 62 49
Blz.: 100 500 00 / Kto-Nr.: 0670017787



Titelthema

Sloterdijk's Menschenpark

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Editorial | 3 |
| Berichte | |
| Gedenken an Liebknecht/Luxemburg | 9 |
| Wehrmachtsausstellung mit neuem Konzept | 10 |
| Nazis in Bottrop | 36 |
| AFB-Jahresbericht | 29 |
| Naziaufmärsche in Wewelsburg / Paderborn verhindert | 27 |
| Analyse | |
| Kein Frieden um Israel (Teil 2) | 13 |
| Peter Sloterdijk | 4 |
| Geheimdienststaat | 32 |
| Journalismus oder Scharlatanerie? | 40 |
| Resolution | |
| Gegen Einschränkungen des Versammlungsrechts | 38 |
| Material: Fascho-Musik | A-H |

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 15 EUR
Förderabonnements/Jahr 18 EUR

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

| Breite | Höhe | EUR |
|---------|---------|--------|
| 5,5 cm | < 6 cm | < 30,- |
| 5,5 cm | 8-10 cm | 30,- |
| 10,5 cm | 6-8 cm | 40,- |
| 5,5 cm | 24 cm | 60,- |
| 7,7 cm | 24 cm | 75,- |
| 16 cm | 12 cm | 75,- |

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923
Fax: 02361/21686
eMail: afb-bbz@t-online.de
Internet: www.afb-bbz.de

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 94: 28.02.2002

EDITORIAL

Wie die USA die **Gefangenen in Guantanamo Bay** behandeln, nämlich wie Wesen, denen keine Würde zukommt und denen gegenüber man sich an keinerlei Recht zu halten hat, ist nur ein notwendiger und völlig logischer Aspekt ihrer gesamten Kriegführung gegen ein Volk der Dritten Welt unter dem Vorwand des weltweiten Kampfes gegen „Terrorismus“. Genauso wenig wie sie den Armen der Armen im eigenen Land irgendwelche Rechte zubilligen, genauso wenig tun sie dies gegenüber den Armen und Ohnmächtigen in der gesamten übrigen Welt. In dieser Arroganz der Macht liegt auch ein Grund zukünftiger „terroristischer“ Anschläge, aber auch der Keim des historisch bevorstehenden Niedergangs des

USA-Imperialismus. Er wird es schwer haben, erneut eine weltweite „Einheitsfront“ im „Kampf gegen den Terror“ zu bilden, wenn es darum geht, in Afrika, im Irak und in Asien weitere militärische Aktionen durchzuführen. Europa und Asien werden sich zunehmend von der Führung durch die USA lösen und ihre eigenen Interessen, auch militärisch, wahrnehmen.

Dass selbst die treuesten Vasallen, England und Deutschland, zaghafte Kritik an der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die USA üben, ist nur auf diesem Hintergrund erklärbar.

Ein verstärktes eigenes imperialistisches Auftreten ist notwendigerweise mit weiterem Demokratieabbau im Inneren und verstärkter Militarisierung der Gesellschaft verbunden, dies zeigt die Entwicklung in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern wie bspw. Italien und Dänemark. Wie weitgehend der Demokratieabbau in Deutschland ist, analysiert **Ulla Jelpke** in ihrem Beitrag über den „**Geheimdienststaat**“.

Erst nach Redaktionsschluss wurde uns der „Skandal“ um das gekippte **NPD-Verbotsverfahren** bekannt, so dass wir erst in der kommenden Ausgabe auf die Hintergründe und Folgen dieses Vorgangs eingehen können.

Selbstverständlich wird diese Entwicklung den Faschisten in der kommenden Zeit gewaltigen Aufwind verleihen – insbesondere ihrem öffentlichen Auftreten gegen die neue **Wehrmachtsausstellung**. **Klaus Dillmann** war bei der **Eröffnung der Ausstellung** in Berlin und hat darüber einen Beitrag geschrieben, er berichtet zudem über die traditionelle **Demonstration** zum Jahrestag der **Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg** in Berlin.

Noch herrscht international die Haupttendenz, im Fahrwasser der USA eigene Macht- und Expansionsziele auszubauen, das zeigt der Krieg Israels gegen das palästinensische Volk, die Kriegsvorbereitungen Indiens gegenüber Pakistan, die Abrechnung Russlands mit dem tschetschenischen Volk, die kaum verhohlenen Machtansprüche der Türkei gegenüber ihren regionalen Nachbarstaaten.

Der **Leitartikel dieser Ausgabe** ist angesichts der aktuellen Debatte um die wissenschaftliche Forschung mit embryonalen Stammzellen ein Beitrag von **Stephan W. Born** über den neurechten Philosophen **Peter Sloterdijk**.

Sloterdijk erweist sich in seinem Aufsatz „**Regeln für den Menschenpark**“ weniger als Philosoph, viel mehr als „Dummschwätzer der neuen Rechten“, wie Stephan W. Born es formulierte.

Frank Gockel berichtet und kommentiert in seinen Beiträgen die **Verhinderung von Nazi-Demonstrationen in Paderborn und Wewelsburg**.

Nicht verhindert werden konnte der Aufmarsch von **80 Nazis in Bottrop**, aber immerhin demonstrieren hier mehrere tausend Menschen gegen diesen Auftritt.

Ansonsten bleibt noch darauf hinzuweisen, dass im **Leitartikel** der zweite Teil der Serie „**Kein Frieden um Israel**“ erscheint, und auf den **gelben Seiten** weitere Beiträge von **Dr. Lutz Neitzert** unter dem Motto „**Die neue Rechte, die Musik und der Riefenstahl**“.

Wir hoffen, Euch auf den Geschmack gebracht zu haben, allen unseren LeserInnen Mut und Erfolg im neuen Jahr.

Noch ein letztes Wort in eigener Sache: Dieser Ausgabe ist ein Brief an unsere AbonnentInnen beigelegt, wodurch festgestellt werden soll, wer die AntifaZ auch weiterhin bestellen will und wer nicht.

Für die Redaktion

WT

PETER SLOTERDIJK

Dummschwätzer der Neuen Rechten

„Ich habe keinen Herren und keine obsessive Idee, die an meiner Stelle entscheiden, was ich tun muss“ behauptet Peter Sloterdijk in einem zweiseitigen Interview, das er der Tageszeitung (taz) aus Anlass der Beginns der im ZDF seit dem 20.1.2002 ausgestrahlten Sendung „Im Glashaus – das Philosophische Quartett“ gab. Gemeinsam mit seinem Bruder im Geiste, Rüdiger Safranski, hatte er zu seinem ersten Gespräch den Bergsteiger Reinhold Messmer und den Theologen Friedrich Schorlemmer eingeladen.

Über die Ziele des „Philosophischen Quartetts“ gab vor kurzem auch Rüdiger Safranski ein ausführliches Radio-Interview, in dem er darauf hinwies, dass sie bewusst keine „wissenschaftlich ausgebildeten“ Professoren zum „Quartett“ einladen, sondern Menschen „wie Sie und mich“ – eine Fortsetzung von „Sofies Welt“ also?

Mitnichten, und darauf weist schon Sloterdijks – wie oft bei ihm – wie nebensächlich hingeworfene Bemerkung hin, in der er von einer „Dekadenz der Universität“ spricht.

Ob er tatsächlich „keinen Herren“ und keine „obsessiven Ideen“ hat, soll im folgenden ein wenig unter die Lupe genommen werden. Zugegeben, ich habe außer seinem ersten ‚Wurf‘ einer „Kritik der zynischen Vernunft“ und einer Reihe kürzerer Beiträge unter dem Titel „Versuche nach Heidegger“ nichts von ihm gelesen – und wäre wohl ohne den Beitrag „Regeln für den Menschenpark“ auch kaum auf die Idee gekommen, die „Ideen“ dieses Mannes einmal



genauer zu betrachten – zu geschwätzig und zu wenig fassbar schien mir das, was er so von sich gibt.

Dass jemand locker daherredet und mit der Fähigkeit zu provozieren oder einfach nur durch Frechheit und Arroganz andere beeindruckend kann, ist heutzutage nichts besonderes. Dass einer damit im Fernsehen gutes Geld verdienen kann, zeigt das Beispiel Marcel Reich-Ranitzki, wobei gleich zu bemerken ist, dass letzterer mit Sloterdijk auf keinen Fall in einem Atemzug genannt werden dürfte.

Neben den gut vermarktbareren Eigenschaften unterscheiden sie sich nämlich im Wesentli-

chen, in ihrer Grundeinstellung zu „Werten“ wie Demokratie, Humanität, Fortschrittlichkeit und Kritikfähigkeit.

Sloterdijk ist mit seinem Aufsatz „Regeln für den Menschenpark“ zu Recht in die Kritik geraten – aber nicht scharf und nicht deutlich genug.

Bezeichnend für ihn, dass er die eher zahme und oft moderate Kritik insgesamt als „von links“ diffamiert – überhaupt ist ihm die philosophische Tradition der Linken, insbesondere die „Frankfurter Schule“ und an erster Stelle Jürgen Habermas mehr als ein Dorn im Auge – nicht zufällig.

Im taz-Interview wird an mehreren Stellen deutlich, wie allergisch Sloterdijk auf die Kritik an seinen Ideen reagiert, hier kann mit Fug und Recht schon von einer „obsessiven“ Idee gesprochen werden, nämlich dem aus der Rechten insgesamt bekannten Reflex, die Kritik an ihren inhumanen Grundüberzeugungen als „Denunziations- und Diffamierungskultur“ zu bezeichnen.

Sloterdijk hat – wie die Rechte insgesamt – selbstverständlich den Wunsch, nicht als „Rechter“ zu gelten, sondern als „Neuerer“, ja als Vertreter einer neuen „Avantgarde“.

Er wird nicht müde, sich als bloßen „Querdenker“, als „Unbequemen“ zu präsentieren, der allein deshalb angefeindet wird, weil er , anders' ist: „*Es gibt auch Xenophobie in der Linken*“.

Eines seiner – wie auch der übrigen Rechten – liebsten Mittel, Kritik zurückzuweisen, ist es, ihr niedrige – persönliche wie intellektuelle – Motive zu unterstellen: „*Deren Ablehnung mag an persönlichen Motiven wie an Abwehrreflexen gegen alles Milieufremde liegen*.“

Das unterstellt, dass die Kritik an seinen Grundvorstellungen nur aus der „Linken“ kommt, beklagt aber gleichzeitig – ein ebenfalls unter Rechten häufig zu beobachtender Gestus –, dass Kritik von ‚allen Seiten‘ auf ihn einstürmt: „*Leider pflegen die deutschen Geisteswissenschaften eine Tradition des Ressentiments gegen Ansätze, die sich abseits vom akademisch gebetteten Hauptstrom des Denkens etablieren*.“

Das ist nun geradezu grotesk – ist doch gerade Sloterdijk einer, der sich zum einen sehr wohl zu „betten“ versteht als auch in seinen geistigen Wurzeln eben ganz und gar kein „Quertreiber“, sondern im schlechtesten Sinne des Wortes ein Vertreter die-

ses „Hauptstroms“ deutscher Geistesgeschichte. Der „Hauptstrom, das sind die „herrschenden Ideen“ und dies sind hier wie anderenorts noch immer die Ideen „der Herrschenden“. Und das Sloterdijk zu einem ihrer eifrigsten Vertreter, wenn auch zu ihren schwatzhaftesten, gehört, soll im folgenden ein wenig erläutert werden.

„Regeln für den Menschenpark“

Was auf den ersten Klang nur ein wenig frech und provozierend – seit wann wären den Menschen Wesen, die wie in einem Tierpark leben und entsprechend nach bestimmten Regeln gehalten werden müssen – daherkommt, stellt sich beim Lesen, zwar erst relativ spät, dann aber deutlich, als ‚blutiger‘ Ernst heraus.

Kommen wir gleich zum wesentlichen Vorwurf gegenüber Sloterdijk, dass er der Züchtung eines Menschen mit „besseren Merkmalen“ positiv gegenüber steht.

Von daher zitiere ich den entscheidenden Passus aus „Regeln für den Menschenpark“, von dem Sloterdijk – natürlich – behaupten wird, man verstehe ihn absichtlich „miss“:

„*Es ist die Signatur des technischen und athropotechnischen Zeitalters, dass Menschen mehr und mehr auf die aktive oder subjektive Seite der Selektion geraten, ohne dass sie sich willentlich in die Rolle des Selektors gedrängt haben müssten.*“

Man darf zudem feststellen: Es gibt ein Unbehagen in der Macht der Wahl; bald wird es eine Option für Unschuld sein, wenn Menschen sich explizit weigern, die Selektionsmacht auszuüben, die sie faktisch errungen haben. Aber sobald in einem Feld Wissensmächte positiv entwickelt sind, machen Menschen eine schlechte Figur, wenn sie – wie in den Zeiten eines früheren Unvermögens – eine höhere Gewalt, sei es den Gott oder den Zufall oder die Anderen, an ihrer Stelle handeln lassen wollen. Da bloße Weigerungen und Demissionen an ihrer Sterilität zu scheitern pflegen, wird es in Zukunft wohl darauf ankommen, das Spiel aktiv aufzugreifen und einen Codex der Anthropotechniken zu formulieren. Ein solcher würde rückwirkend auch die Bedeutung des klassischen Humanismus verändern – denn mit ihm würde offengelegt und hingeschrieben, dass Humanität nicht nur die Freundschaft des Menschen mit dem Menschen beinhaltet; sie impliziert auch immer – und mit wachsender Explizität –, dass der Mensch für den Menschen die höhere Gewalt darstellt.“

Ich muss zugeben, ich habe noch keine hinterhältigere, verlogenerere und verschleierterere Rechtfertigung des skrupellosen Züchtens von „neuen Menschen“ gelesen als die zitierten Zeilen.

Jede/r weiß, dass die „

Zeugung“ von Nachkommen durch künstliche Befruchtung, zum Beispiel durch die In Vitro-Fertilisation (IVF) sprunghaft angestiegen ist, die nach wie vor aber gesellschaftlich höchst umstrittene Frage der „steuernden“ Eingriffe auf den gesamten prä- und postnatalen Bereich übergeht Sloterdijk und macht daraus, „wir“ heutigen Menschen würden „Selektionsmacht ausüben“, aus der massiven Kritik macht er ein „Unbehagen an der Macht der Wahl“ – wenn man ihn aufmerksam liest, kann man hinter einem sol-



Aus der Retorte

Foto: taz

chen Satz die Vermutung laut werden hören, dass Menschen nun dringlich nach mehr Sicherheit, zum Beispiel durch behördliche Anordnung oder zumindest durch „weisen Ratschlag“ streben.

Geradezu in einer verräterischen Flut Freudscher Fehlleistungen formuliert er, dass es nichts bringt, dagegen etwas zu unternehmen, denn „bloße Weigerungen und Demissionen (pflegen) an ihrer Sterilität zu scheitern“ – an ihrer Sterilität!

Grandios auch, wie er die Wirklichkeit auf den Kopf stellt: Die „Anthropotechniken“ der In Vitro-Fertilisation, sicher auch das wissenschaftliche Forschen mit embryonalen Stammzellen – nach Sloterdijk die „Selektionsmacht“ – haben wir „errungen“ – wer hat hier was im Kampf wogegen „errungen“?

Die Krönung dieser – und das sage ich in der vollen Bedeutung dieses Wortes – dummschwätzerischen Redeweise stellt aber die eingebaute „ethische“ Begründung seines „Gedankenganges“ dar: Wer sich weigert, die Selektionsmacht selber auszuüben, delegiert diese entweder an „Gott“ oder an „den Zufall“ oder an „andere“.

Sich auf das Klonen von Menschen mit „besseren primären Eigenschaften“ einzulassen, ist also alternativlos, ja wer dies verweigert, macht eine „schlechte Figur“, steht „dumm da“, ist nicht „

frei“ und „selbstbestimmt“ – wer wollte einen solchen Vorwurf auf sich sitzen lassen?

Wenn schon „bessere“ Menschen gezüchtet werden, dann sollten wir uns doch freudig darauf einlassen, das macht die Sache doch viel einfacher. Was dann noch zu tun bleibt, übernehmen gern Leute wie Sloterdijk, die bereit sind, einen „Codex der Anthropotechniken zu formulieren“.

Unübertroffen auch sein Fazit: Dies alles zeigt, dass der „Mensch für den Menschen die höhere Gewalt darstellt“. Hatte Sloterdijk nicht irgendwann mal etwas von einer „Kritik der zynischen Vernunft“ gefaselt?

Sein „Menschenpark“ - Beitrag ist jedenfalls vom ersten bis zum letzten Wort Ausdruck eines durch und durch rechten und reaktionären Denkens, was auch der geisteswissenschaftlich Hintergrund beweist, in dem er diese Auffassungen entwickelt: Es ist kein Zufall, dass er einen Bogen von Platons Gedanken in der „Politeia“ über Nietzsche zu Heidegger spannt – wobei der verbindende Rahmen die Vorstellung eines „neuen“ Menschen – zur Führung fähig, „Über-Mensch“, am „Sein“ horchend – darstellt – selbstverständlich nicht etwa als Konzept des niederen Volkes, sondern einer auserlesenen Elite, die an die schwierige Aufgabe geht, den Rest der Menschheit, der seinen „bestialischen“ Trie-

ben zu folgen geneigt ist, zu „zähmen“.

Sloterdijk konstatiert beim heutigen – niederen – Volk eine zunehmende Bereitschaft zu „enthemtem“ Verhalten:

„Wer heute nach der Zukunft von Humanität und Humanisierungsmedien fragt, will im Grunde wissen, ob Hoffnung besteht, der aktuellen Verwilderungstendenz beim Menschen Herr zu werden. Dabei fällt beunruhigend ins Gewicht, dass Verwilderungen, heute wie immer, gerade bei hoher Machtentfaltung aufzubrechen pflegen, sei es als unmittelbare kriegerische und imperiale Roheit, sei es als alltägliche Bestialisierung der Menschen in den Medien enthemmender Unterhaltung.“

Das ist seine Grundmethode: Bestimmte Erscheinungsformen der Realität, die von vielen kritisch gesehen werden – bspw. zunehmende Gewalt-Verherrlichung in den Medien – wird bei ihm in eine „Verwilderungstendenz beim Menschen“ verallgemeinert und damit verfälscht. Er spricht grundsätzlich nur über „den“ Menschen – jegliche Differenzierung, gar die Konstatierung unterschiedlicher Interessen – wird konsequent ausgeblendet. Wer diese zur Kenntnis nimmt, ist „links“ – und damit „von gestern“.

Sloterdijks Methode macht vieles möglich. Zum Beispiel seine ganz eigene Deutung des Begriffs Humanismus, Humanität, Menschlichkeit.

Das alles ist für ihn ‚Schnee von gestern‘ und wird auf den historischen Versuch reduziert, mittels angelesenen Bildungswissens die „Ungebildeten“, die zu zähmenden rohen Analphabeten, zu domestizieren. Übertrieben? Hören Sie genau hin:

„Das Phänomen Humanismus verdient Aufmerksamkeit heute vor allem, weil es – wie auch immer verschleiert und befangen – daran erinnert, dass Menschen in der Hochkultur ständig von zwei Bildungsmächten zugleich in Anspruch genommen werden – wir wollen sie hier der Vereinfachung zuliebe schlicht die hemmenden und die enthemmenden Einflüsse nennen. Zum Credo des Humanismus gehört die Überzeugung, dass Menschen „Tiere unter Einfluss“ sind und dass es deswegen unerlässlich sei, ihnen die richtige Art von Beeinflussung zukommen zu lassen. Das Etikett von Humanismus erinnert – in falscher Harmlosigkeit – an die fortwährende Schlacht um den Menschen, die sich als Ringen zwischen bestialisierenden und zähmenden Tendenzen vollzieht.“

Humanismus ist nach Sloterdijk eine Sache von gestern, gescheitert und aus den unterschiedlichsten Gründen abzulehnen.

Interessant auch, was seiner Meinung nach das Wesen des Humanismus ausmacht:

„Man könnte somit das allen Humanismen zugrundeliegende kommunitaristische

Phantasma auf das Modell einer literarischen Gesellschaft zurückführen, in der die Beteiligten durch kanonische Lektüren ihre gemeinsame Liebe zu inspirierenden Absendern entdecken. Im Kern des so verstandenen Humanismus entdecken wir eine Sekten- oder Club-Phantasie – den Traum von der schicksalhaften Solidarität derer, die dazu auserwählt sind, lesen zu können.“

Man reibt sich die Augen, es klingeln einem die Ohren, man glaubt zu träumen. Der eigentliche Grund der Entwicklung der Menschheitsgeschichte ist nach Sloterdijk die Fähigkeit „lesen zu können“. Darauf beruht nach seiner Meinung der moderne Nationalstaat: *„Was sind die neuzeitlichen Nationen anderes als die wirkungsvollen Fiktionen von lesenden Öffentlichkeiten, die durch dieselben Schriften zu einem gleichgestimmten Bund von Freunden würden? Die allgemeine Wehrpflicht für die männliche Jugend und die allgemeine Klassiker-Lesepflicht für Jugendliche beider Geschlechter charakterisieren die klassische Bürgerzeit, (...)“*

Im Umkehrschluss wird man fragen dürfen: Was ist mit dem Rest der Welt – alles Analphabeten, die keine „Klassiker-Lesepflicht“ kennengelernt haben? Wie waren die überhaupt fähig, Staaten zu gründen?

Interessant sind diese Tiraden nur am Rande, wichtig ist

vielmehr, dass Sloterdijks mit dem Ende dieser „klassischen Bürgerzeit“ auch das Ende jedes – „so verstandenen“ – Humanismus konstatiert. Was ist an ihre Stelle getreten und ist das nun zu begrüßen oder nicht? Hier verwickelt sich Sloterdijk nun in für ihn letztlich unlösbare Widersprüche.

Zum einen ist das gut so, dass dieser Humanismus überwunden wurde, hielt er „den Menschen“ ja doch immer nur „klein“ – ich erspare mir hier eine Darstellung seiner lustvollen Rekurse auf Platon, Nietzsche und Heidegger –, hielt ihn davon ab, zu seinem „eigentlichen“ Mensch-„Sein“ vorzudringen. Die heutige Gesellschaft sieht Sloterdijk jedenfalls in einer Hinsicht als einen Fortschritt, allerdings nur in der Entwicklung der „Anthropotechniken“, die die Züchtung („Selektion“) eines Menschen mit „besseren“ Merkmalen möglich mache.

In anderer Hinsicht ist allerdings fast alles vor die Hunde gegangen, besteht wenig Hoffnung auf „Besserung“: In der Charakterisierung des heutigen Weltzustandes konstatiert er: *„Die Schriftkultur selbst hat bis zu der kürzlich durchgesetzten allgemeinen Alphabetisierung scharf selektive Wirkungen gezeitigt; sie hat ihre Wirtsgesellschaft tief zerklüftet und zwischen den literaten und den illiteraten Menschen einen Graben aufgeworfen, dessen Unüberbrückbarkeit nahezu die*

Härte einer Spezies-Differenz erreichte. Wollte man, Heideggers Abmahnungen zum Trotz, noch einmal anthropologisch reden, so ließen sich die Menschen historischer Zeiten definieren als die Tiere, von denen die einen lesen und schreiben können, und die anderen nicht.“

Zur Erläuterung: Hier spricht jemand aus der fernen Zukunft über die „historischen“ Zeiten, die heutige eingeschlossen, als die Menschen noch nicht zu ihrem „wahren Sein“ gekommen waren. Was genau die mit „kürzlich“ definierte weltgeschichtliche Zeit sei, bleibt im Dunkel – wie so vieles bei ihm.

Vor allem die Antwort auf die Frage, wie denn nun und ob überhaupt, diese „Zerklüftung“ innerhalb der Gesellschaft überwunden wurde bzw. wird.

Der Humanismus und die Lesefähigkeit haben es nach Sloterdijk nicht geschafft, „bessere“ Menschen hervorzubringen (auf die „allgemeine Wehrpflicht“ ist er dann vorsichtshalber nicht näher eingegangen, das scheint ihm wohl – noch – nicht opportun).

Seine „Antwort“ am Schluss des Beitrags enttäuscht dann doch ein wenig, überrascht aber auch nicht mehr allzu sehr: Auf einmal sehnt er sich doch wieder nach den bildungsbürgerlichen „Lese“-Freu(n)den und erhofft, dass plötzlich doch wieder so etwas wie ein „Weiser“ auftaucht und „uns“ weiter-

hilft (oder meint er im Stillen, der sei vielleicht doch schon aufgetaucht, nur sagen dürft man's noch nicht laut?):

„Zweieinhalbttausend Jahre nach Platons Wirken scheint es nun, als hätten sich nicht nur die Götter, sondern auch die Weisen zurückgezogen und uns mit unserer Unwissenheit und unseren halben Kenntnissen in allem allein gelassen. Was uns an Stelle der weisen blieb, sind ihre Schriften in ihrem rauhen Glanz und ihrer wachsenden Dunkelheit, (...). Immer seltener steigen die Archive zu den Textaltertümern hinab, um frühere Äußerungen zu modernen Stichworten nachzuschlagen. Vielleicht geschieht es hin und wieder, dass bei solchen Recherchen in den toten Kellern der Kultur die lange nicht gelesenen Papiere anfangen zu flimmern, als zuckern ferne Blitze über sie. Kann auch der Archivkeller zur Lichtung werden? Alles deutet darauf hin, dass Archivare und Archivisten die Nachfolge der Humanisten angetreten haben. Für die Wenigen, die sich noch in den Archiven umsehen, drängt sich die Ansicht auf, unser Leben sei die verworrene Antwort auf Fragen, von denen wir vergessen haben, wo sie gestellt wurden.“

Was schert mich mein Geschwätz (von gestern) – es merkt ja doch keiner mehr, oder?

Stephan W. Born



„Stilles Gedenken“ an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Zeichen der „Versöhnung“

Laut PDS waren es über 100.000 Menschen, die am 13. Januar 2002 am Gedenkstein „Die Toten mahnen“ vorbeidefilierten, um ihre rote Nelke auf den Grabstätten von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht oder einem anderen der dort Bestatteten abzulegen. Die Polizei gab die Zahl derjenigen, die ab dem U-Bahnhof Lichtenfeld zur Grabstätte marschiert waren, mit rund 50.000 an. Für die BILD-Zeitung, die besonders auf den ehemaligen Verteidigungsminister Keßler als Teilnehmer hinwies, waren es 50.000 PDS-Anhänger.

An der Demonstration, die vom Frankfurter Tor aus ging und die in den Jahren nach 1989 immer wieder von Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Polizei gekennzeichnet war, beteiligten sich laut Organisatoren rund 15.000, laut Polizei rund 10.000 Menschen. Der Hauptinhalt ihrer Parolen richtete sich gegen die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Und sehr viele der Teilnehmenden waren Angehörige türkisch-kurdischer Organisationen, wobei mir wegen ihrer starken Beteiligung insbesondere MLKP und DIDF auffielen. Die Spitze des Zuges bildeten ebenfalls PDS-Leute, allerdings versuchte zwischen durch die MLKP, die Spitze zu übernehmen - wie es in einigen Medien hieß, mit Stalin-Bildern -, jedoch vergeblich. Es war das erstmal, daß diese Demonstration störungsfrei verlief. Zwar waren zu Beginn, als noch sehr wenige Leute auf dem Platz vor dem Frankfurter Tor standen, von der Polizei einige Taschen durchsucht worden, ansonsten aber hielt sich die Polizei trotz starker Präsenz zurück. In Berlin regiert jetzt eine Koalition aus SPD und PDS, und da wollte man nicht gleich zu Beginn den „Knüppel aus dem Sack“ lassen. Auf dem Platz vor den Grabstätten war die Polizei bereits am frühen Morgen gewaltsam eingeschritten, als einige Organisationen dort ihre Stände aufbauen wollten. Betroffen waren davon insbesondere die MLPD und die DKP.

Hinterher wurde das von Seiten der PDS, die die Gedenkfeier angemeldet hatte und sich daher als Gastgeber betrachtete, als ein Mißverständnis der Polizei dargestellt. Es gehe nur darum, daß die Stände künftig vorher anzumelden seien - die Genehmigungen werden dann künftig wohl gegen Bargeld erteilt. Bereits jetzt konnte man die Ergebnisse einer solchen Politik erkennen: Es gab eine Reihe von Buchständen, bei denen jeder Hinweis auf eine Organisationszugehörigkeit fehlte. Aus dem Sammelsurium an Büchern konnte man auch keine Rückschlüsse ziehen außer dem, daß hier auch bürgerliche politische Literatur wie die Memoiren der ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl und Helmut Schmidt oder die Ergüsse des „Ostexperten“ aus Adenauerzeiten, Klaus Mehnert, neben Schriften von Lenin und Erich

Honecker zum Verkauf angeboten wurden. Das sieht doch sehr danach aus, daß es dabei in erster Linie ums Geschäft ging. Beide Regierungsparteien haben Tradition zu revidieren. Das wird deutlich am gemeinsam gefaßten Beschluß, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz ein Denkmal zu Ehren der Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu errichten. Sie war - ebenso wie Karl Liebknecht - von Freikorpsoldaten ermordet worden, nachdem ein sozialdemokratischer Reichsinnenminister für Aufrufe zu ihrer Ermordung verantwortlich gezeichnet hatte. Jetzt soll sie aufgrund von Zitaten, wonach die Freiheit des Denkens immer auch die Freiheit des Andersdenkenden ist, als tragisches Opfer eines Irrtums dargestellt werden, die sich nur mit starken inneren Bedenken auf die Seite derer geschlagen habe, die 1918 eine sozialistische deutsche Republik errichten wollten, die undemokratisch gewesen wäre, da die Mehrheit damals für eine bürgerliche Demokratie gewesen sei. Bei Karl Liebknecht kann man solche inneren Bedenken nicht finden; daher bekommt er wohl auch kein Denkmal. Die Einigung von SPD und PDS in dieser Frage zeigt, wie nahe sich diese beiden Parteien inzwischen gekommen sind. Sie gehen davon aus, daß der Sozialismus heute nur noch etwas für Nostalgiker und der Kampf darum nurmehr ein Relikt aus den Zeiten des kalten Krieges ist. Und das hat das Bild bestimmt.

Die Zeichen der Zeit weisen in eine andere Richtung. Angesagt ist bei der in den bürgerlichen Medien mit Vorliebe als Rot/Rot bezeichneten Berliner SPD/PDS-Koalition jetzt ein Sparkurs zu Lasten der sozial Schwachen. Eines der ersten Opfer soll das Benjamin-Franklin-Krankenhaus werden. Der Protest dagegen war bei dem „stillen Gedenken“ nur schwach vertreten.

Insgesamt ließ sich bei der diesjährigen Liebknecht-Luxemburg-Veranstaltung ein starker Trend zur Entpolitisierung beobachten. Gegen 15.00 Uhr (als ich von einem Gespräch, das ich mit einem Norweger in einem türkischen Imbiß geführt hatte, zurückkam) war das Gelände bereits wieder weitgehend menschenleer.

KD

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG MIT NEUEM KONZEPT

Nach über zweijähriger Pause ist die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ unter dem Titel „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ wieder zu besichtigen. Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung war ursprünglich Teil eines übergreifenden Projekts unter der Themenstellung „Angesichts unseres Jahrhunderts. Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945“, das sich der Geschichte von Barbarei und Zivilisation im 20. Jahrhundert widmete. Es war nach dreijähriger Vorarbeit mit Blick auf das 50. Gedenkjahr an das Ende des Zweiten Weltkriegs geplant. Mit dem „Projekt 1995“ sollte eine „wissenschaftlich-politische Initiative“ ergriffen werden, bei der neben Tagungen, Vortragsreihen und Büchern die zentrale Ausstellung „200 Tage und 1 Jahrhundert“ exemplarisch die Zeit zwischen der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27.01.1945 und dem Abwurf der Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima sowie der japanischen Kapitulation am 14.08.1945 dargestellt werden sollte. In diesem Rahmen nahm der Vernichtungskrieg der Wehrmacht eine eigene kleine Ausstellung ein, die von Hannes Heer, Hans Safrian und Bernd Boll erarbeitet worden war. Die Kernaussage dieser Ausstellung war, daß die Wehrmacht bei der „Endlösung der Judenfrage“ eine aktive Rolle gespielt hatte. Von der Planung bis zur Ausführung sei sie am Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung beteiligt gewesen. Abgerechnet wurde mit der Legende von der „sauberen Wehrmacht“.

Die alte Ausstellung

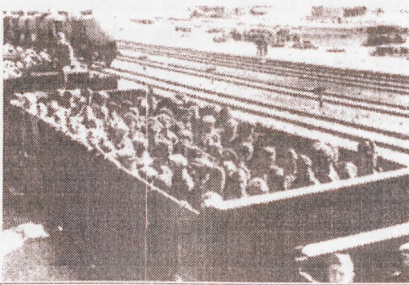
Sehr bald schon zeigte sich die besondere Brisanz gerade dieser Teilausstellung, und so avancierte sie bald zu einer eigenen Ausstellung, die in der Konfrontation mit ihren Gegnern ständig an Bedeutung zunahm. In den Jahren 1995 bis 1999 zog die Wanderausstellung rund 850.000 Interessierte an. Sie wurde auch zum Anlaß mehrerer faschistischer Aktionen gegen sie, so insbesondere der NPD-Demonstration in München im März 1997, gegen die die Antifaschisten erfolgreich mobil machten (vgl. *AntifaZ* Nr. 64).

Nachdem sie mehrere Jahre für Furore gesorgt hatte, geriet sie im Laufe des Jahres 1999 in z.T. massiv vorgetragene wissenschaftliche Kritik, die sich insbesondere zu einigen der gezeigten Bilder äußerte. Dabei wurde wissenschaftlich nachgewiesen, daß insgesamt 4 Bilder aus Tarnopol nicht Opfer der Wehrmacht, sondern des NKWD zeigten. Die Ausstellung wurde daraufhin von **Jan Philipp Reemtsma** im November 1999 vorläufig zurückgezogen (vgl. dazu *AntifaZ* 82).

Eine **Historiker-Kommission** wurde bestellt, um ein Gutachten zu er-

stellen. Ein Jahr danach legte sie ihren Bericht vor. Sie stellte fest, daß die Ausstellungsmacher vom Vorwurf der Fälschung und Manipulation zu entlasten seien. Allerdings enthalte die Dokumentation sachliche Fehler und argumentiere teilweise zu pauschal.

„Die Ausstellung enthält ... keine Fälschungen im Sinne der leitenden Fragestellungen und Thesen. Die Überprüfung der verwendeten Bild- und Textdokumente in den benutzten Archiven hat zwar manche Ungenauigkeiten und in einigen Fällen auch falsche Zuschreibungen zu Tage gefördert, insgesamt aber die Intensität und Serio-



Sowj. Kriegsgefangene Foto: Katalog

sität der von den Ausstellungsautoren geleisteten Quellenarbeit bestätigt.“

Sie solle daher in einer gründlich überarbeiteten Form weiter präsentiert werden.

Implizit widerspricht die Historiker-Kommission klar den Äußerungen einiger Politiker der BRD wie z.B. Altbundespräsident **Richard von Weizsäcker** und Altbundeskanzler **Helmut Schmidt**, die meinten, die Wehrmacht vor Entstellungen und Unterstellungen in Schutz nehmen zu müssen, und der Ausstellung linksradikale Hetze und Unappetitlichkeit vorgeworfen hatten.

Das neue Konzept

Die Grundthese der neuen Ausstellung, die vom 01.12.2002 bis zum 13.01.2002 in **Berlin** im Haus der **Kunst-Werke (KW)** gezeigt wurde, hat sich nichts geändert. Völlig neu allerdings ist die Konzeption der Ausstellung. In einer Broschüre, die die Ausstellung begleitete, wurde sie folgendermaßen vorgestellt:

„Der Krieg gegen die Sowjetunion unterschied sich von allen Kriegen der europäischen Moderne, auch von denen, die die deutsche Wehrmacht in anderen Ländern führte. Es war ein Krieg, der sich nicht nur gegen eine andere Armee, sondern auch gegen Teile der Zivilbevölkerung richtete. Die jüdische Bevölkerung sollte ermordet, nicht-

jüdische Zivilisten sollten durch Hunger und Terror dezimiert und zur Zwangsarbeit eingesetzt werden. Dieses verbrecherische Vorgehen ergab sich nicht aus der Eskalation des Kriegsgeschehens, sondern war bereits Bestandteil der Kriegsplanungen.

Für das, was während der deutschen Besatzung im Osten konkret geschah, waren die Kriegsplanungen allerdings nur ein bestimmender Faktor. Darüber hinaus war jeder Einzelfall durch konkrete Handlungsbedingungen geprägt, von aktuellen Einflüssen bestimmt und durch Verhaltens- und Handlungsmuster der Akteure bestimmt.“

Das damalige **Kriegs- und Völkerrecht** enthielt eine Reihe international anerkannter Grundsätze, die zwar teilweise selbst inhuman waren und nicht alle Aspekte des Kriegsgeschehens erfaßten, zugleich aber auch „eine deutliche Grenze zwischen Recht und Unrecht“ zogen.

Die neugegliederte Ausstellung zeige daher „ausgehend vom damals geltenden Kriegs- und Völkerrecht die Beteiligung der Wehrmacht an den im Zweiten Weltkrieg auf Kriegsschauplätzen im Osten und in Südosteuropa verübten Verbrechen. Sie dokumentiert insgesamt sechs Dimensionen des Vernichtungskrieges: Völkermord an den sowjetischen Juden, Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, Ernährungskrieg, Deportationen von Zwangsarbeitern, Partisanenkrieg, Repressalien und Geislerschießungen.

Die Ausstellung zeigt die teils aktive, teils passive Mitwirkung der Wehrmacht an den verübten Verbrechen. Die bisherige Forschung läßt keine Aussagen über die Anzahl der daran beteiligten Soldaten und Offiziere zu. Gleichwohl zeigt die Ausstellung auch das konkrete Verhalten einzelner Personen. In den 'Handlungsspielräumen' wird demonstriert, daß der Vernichtungskrieg kein Ort abstrakter Dynamik, sondern gestaffelter Entscheidungen und individueller Verantwortlichkeiten war.“

(Hervorhebung von mir, KD)

Zur Eröffnung der Ausstellung am 01.12.2001 fand eine **NPD-Protestdemonstration** statt, die ungefähr 3000 Demonstrierende umfaßte. Die lauthals bekundete Gegnerschaft seitens der Nazis hat eher dazu beigetragen, auf die Ausstellung aufmerksam zu machen. Bis zum 13.01.2002 besuchten rund 45.000 Menschen die Ausstellung. Man mußte in Schlangen bis



Gefangene bei Charkow Foto: Katalog

auf die Augustastraße teilweise bei naßkalter Witterung bis zu zweieinhalb Stunden warten, ehe man Einlaß fand, und das, obgleich die Ausstellung in den letzten Tagen bis Mitternacht geöffnet blieb.

Aus Sicherheitsgründen war auf der Straße Polizei präsent, im Inneren des Hauses der Kunst-Werke mußten Taschen sowie Mäntel und Jacken bei der Garderobe abgegeben werden. Auch die Exponate waren gegen Zerstörung gesichert. Man mußte sehr viel lesen, bekam auf den ersten Blick wenig Bilder zu sehen, die Kernaussagen der einzelnen Ausstellungsbereiche waren auf schweren Stahlplatten vergrößert worden. Die jeweilige Detaildokumentation sowie Erläuterungen dazu lagen in mehreren Exemplaren vor und konnte in mehreren Kammern gleichzeitig per Knopfdruck abgehört werden; Bilddokumente und dazugehörige Aussagen von Beteiligten (Tätern

und Opfern) waren ebenfalls per Knopfdruck abrufbar.

Am Publikum ließ sich teilweise - trotz des über 50jährigen zeitlichen Abstandes - tiefe Erschütterung über die Aussagen erkennen, manch einer konnte seine Tränen nicht zurückhalten.

Insgesamt fand ich die Aussage in dieser Neukonzeption noch sehr viel stringenter als in der alten Fassung. Die dokumentierten Befehle, die von der Wehrmachtsspitze ausgingen und bis in unterste Gliederungen hinein sich fortsetzten, machen den verbrecherischen Charakter des „Unternehmens Barbarossa“ (Überfall auf die Sowjetunion) unmißverständlich klar; so hatte sich die sowjetische Führung über die bulgarische Botschaft an die Nazis gewandt, um sie zu einer Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen nach der entsprechenden **Konvention des Völkerbundes** zu veranlassen, es wurde jedoch in einer Weisung Hitlers 1941 an die Wehrmachtsführung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auf derartige Ansuchen keine Rücksicht zu nehmen sei, zumal die Sowjetunion diese Konvention (von 1929) nicht unterzeichnet habe und sich daher nicht auf sie berufen könne. (Sie war erst 1933 dem Völkerbund beigetreten, während Nazideutschland damals austrat.)

Zugleich aber auch wird herausgearbeitet, daß die Soldaten, die sich weigerten, konkrete verbrecherische Befehle auszuführen, in der Regel nicht dazu gezwungen wurden, es gab somit Handlungsspielräume, von denen auch etliche Soldaten Gebrauch gemacht hatten.

Besucherreaktionen

Im ausliegenden Gästebuch haben unter anderem etliche rechtslastige Leute ihrem Unmut Luft gemacht. Ihre Namen haben sie - im Unterschied zu den Personen, die sich eher positiv über die Ausstellung äußerten - in aller Regel verschleiert. Einige Zitate mögen das belegen:

„Dass es immer noch Ungerechtigkeit in der Welt und Kriege gibt, hängt mit der Nichtbewältigung des 2. Weltkriegs zusammen. Es werden nur einseitige Schuldzuweisungen an Deutschland gemacht. Der Inhalt der Ausstellung ist wohl in Ordnung. Das Motto der Ausstellung ist falsch. Und die Grundaussage ist zu verurteilen!“ (Unterschrift unleserlich)

„Die weiße Weste ist Legende. Trotz aller, die modernen medialen Methoden nutzenden tendenziösen Darstellung bleibt die unumstößliche Tatsache: In ihrer übergroßen Mehrheit waren die Soldaten der Wehrmacht keine Verbrecher und setzten, wie die Soldaten anderer Völker, in gutem Glauben ihre Gesundheit ein.“ (Ein junger besorgter Berliner)

„Wir hoffen, daß es bald eine ebenso ausführliche wie schonungslose Darstellung des Bombardements von Dresden (über 250.000 tote Zivilisten), der Eroberung und des Geschehens in der Danziger Bucht, über den Todesmarsch von 95.000 deutschen und österreichischen Gefangenen nach der Kapitulation von Stalingrad und den Verhältnissen in den russischen Kriegsgefangenenlagern geben wird.“ (Gertrud und Günther)

Mit dem „Geschehen in der Danziger Bucht“ könnte z.B. die Abfeuerung eines Torpedos eines sowjetischen U-Bootes auf den mit Flüchtlingen vollbeladenen, ohne Geleitschutz aus dem Hafen von Gdynja (Gotenhafen) ausgelaufenen und damit völlig wehrlosen Kraft-durch-Freude-Dampfer „Wilhelm Gustloff“ angesprochen sein, das daraufhin innerhalb kurzer Zeit in der Ostsee versank. Es war die bislang größte Schiffskatastrophe der Welt seit Registrierung derartiger Katastrophen. Der U-Boot-Kommandant **Marinesku** hatte zunächst für diese Tat den Orden der Roten Fahne verliehen bekommen, jedoch **Stalin** hatte ihn, als er davon erfuhr, degradiert, er wurde wegen des von ihm verschuldeten Todes Tausender Menschen der deutschen Zivilbevölkerung vor ein Kriegsgericht gestellt und zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach Stalins Tod strengte er erfolgreich ein Rehabilitationsverfahren an, er wurde unter **Chruschtschow** rehabilitiert, und unter der Präsidentschaft von **Gorbatschow** wurde ihm

ein Denkmal in Leningrad errichtet, auf dem er als Held der Sowjetunion gefeiert wird, dessen Tat 9.000 Faschisten das Leben gekostet habe.

„Wo ist die Ausstellung des Völkermordes an Indianern, Schwarzen, Vietnamesen, Japanern. Wie heißen die Väter?“ (B.E.)



Ernährungskriegsopfer Foto: Katalog

„Die Ausstellung hat mal wieder gezeigt, daß nur Lügen lange Beine haben. Wo sind den eigentlich die wahren Kriegsverbrecher. z.B. die Russen. Also ich kann nur sagen, dass ich stolz auf meine Vorahren bin, dass sie so gehandelt haben. Und wir müssen das sein, sonst wird Deutschland untergehen.“

(Nationaler Deutscher)

Äußerungen starker Betroffenheit:

„Die Ausstellung bietet keine Gelegenheit, vor den Exponaten zu weinen, alles viel zu eng und sachlich.“ (Güssefeld).

Es haben, als ich die Ausstellung besuchte, dennoch einige Leute geweint.

„Mich packt das kalte Entsetzen über so viel Unmenschlichkeit.“ (Wolfgang Werner)

„Und was haben wir daraus gelernt. Wir ziehen wieder in drei Kriege.“ (B. Karsch)

Ein Beitrag, der das Auftreten der Nazis, das Verhalten der Polizei dabei, die mal wieder auf Antifaschisten und Mitglieder der jüdischen Gemeinde dreinschlug, und den Bezug zur Ausstellung auf den Punkt

bringt:

„Sprachlosigkeit angesichts der 100 Nazis in der S-Bahn. Sprachlosigkeit angesichts des Polizeieinsatzes vor der Synagoge, in der Ausstellung Sprachlosigkeit angesichts der Verbrechen der Wehrmacht.“ (Melissa Reiber, 18 Jahre)

„Warum heißt es so oft 'sie wurden erschossen, obwohl sie nicht mal Juden waren'. Macht das einen Unterschied?“ (Ute Racke)

„Wir, 15 russischsprachige Besucher (Juden), die jetzt ständig in Magdeburg wohnen, danken sehr für diese Ausstellung. Wir haben den Krieg erlebt und die Verbrechen. Wir sind mit der Ausstellung sehr zufrieden.“ (Für die Gruppe Alexander Popow)

„Ich bin Jahrgang 1948. Großgeworden in einem schweigenden, kalten Land, zum Teil mit Lehrern, die das III. Reich verherrlichten, mit Hetze gegen Kommunismus und Sozialismus, mit revanchistischen Parteien, zum Glück mit Eltern, die über die deutsche Vergangenheit sprachen.“ (Vera Seifert).

(Alle Zitate aus: Neues Deutschland, 15.01.2002)

Der nächste Ort, wo diese Ausstellung zu sehen sein wird, ist **Bielefeld**. Auch die Stadt Dortmund hat sich um die Ausstellung beworben und möchte sie in den Räumen der Gedenkstätte in der alten Steinwache zeigen.

Der Katalog zur Ausstellung lag bis Ende der Berliner Ausstellung nicht vor. Er ist inzwischen im Berliner Buchhandel erhältlich und kostet 30 Euro. Er ist 750 Seiten stark und dokumentiert nicht nur die gesamte Ausstellung, sondern auch die Befassung mit der Wehrmacht in der Nachkriegszeit, so im Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, zahlreichen weiteren Prozessen gegen Beteiligte, ihre Rolle bei der Traditionspflege der Bundeswehr usw. Der Titel des Katalogs lautet: **Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Ausstellungskatalog, ISBN 3-930908-74-3.** **KD**

KEIN FRIEDEN UM ISRAEL

Entstehung, Entwicklung und Tragweite des jüdisch-palästinensischen Konflikts

Teil 2

Zur aktuellen Situation

Die gegenwärtige Zuspitzung bei der Konfrontation der beiden Bevölkerungsgruppen in Palästina wird von den extremen Kräften beider Seiten beherrscht, die jeweils auf die terroristische Karte setzen und damit die jeweilige Gegenseite zu entsprechendem Vorgehen provozieren. Seitens der Palästinenser sind das die terroristischen Organisationen, die vor allem den Juden europäischer und amerikanischer Herkunft ein Bleiberecht in Palästina absprechen, da sie in ihnen Vorposten der westlichen Dekadenz bzw. des US-Imperialismus sehen. Sie gehen davon aus, daß es ein jüdisches Volk nicht gibt und daß die Angehörigen des Staates Israel ein Gemisch aus Menschen verschiedener Nationen sind. Sie demonstrieren mit ihren Selbstmordanschlägen, die sich unterschiedslos gegen Menschen mit israelischer Staatsangehörigkeit richten, auch die Ohnmacht der palästinensischen Autonomiebehörden, die ihrer nicht Herr werden können und denen sie vorwerfen, mit ihrer grundsätzlichen Anerkennung des Staates Israel einen faulen Kompromiß eingegangen zu sein. Seitens der Israelis sind es die Parteien und Organisationen, die den Palästinensern generell ein Bleiberecht in Palästina absprechen, wobei sie davon ausgehen, daß es ein palästinensisches Volk nicht gibt und diejenigen, die sich als dazugehörig begreifen, Angehörige jeweils eines der arabischen Staaten sein müßten. Bei ihnen spielt der Mythos eine große Rolle, Palästina sei erst durch die jüdische Besiedlung wieder bewohnbar gemacht worden, und die in Palästina anwesen-

den Palästinenser seien überwiegend nichts weiter als ins Land gekommene arabische Gastarbeiter und deren Abkömmlinge. Diese Gruppierungen bestimmen zur Zeit die Politik Israels und üben mit ihrem über den israelischen Geheimdienst Mossad abgewickelten Mordprogramm gegen die Führer von ihnen als terroristisch eingestuft palästinensischer Organisationen und ihrem militärischen Vorgehen gegen die Autonomiebehörden staatlichen Terrorismus aus, der sich nicht allein gegen die terroristischen Organisationen der Palästinenser, sondern insbesondere auch gegen die palästinensischen Autonomiebehörden richtet, deren Legitimität sie im Prinzip nicht akzeptieren. Dabei nutzen sie Verschärfungen von Widersprüchen in anderen Teilen der Welt, auf die die Weltöffentlichkeit gerade ihr Augenmerk richtet, dazu aus, sozusagen im Windschatten solcher Konflikte den Konflikt in Palästina zu verschärfen. Dieser beherrschende Widerspruch der jeweiligen Extreme macht den Konflikt besonders unversöhnlich und die Konfliktparteien unbarmherzig. Er birgt einen politischen Sprengstoff in sich, der sich zu einem Weltbrand entwickeln kann, zumal er ohne die Geschichte der Judenverfolgung in Europa von der Antike bis hin zur „Endlösung der Judenfrage“ durch die Nazis nicht denkbar ist. Dazu gehört eine Übernahme der von den westlichen Alliierten aufgestellten These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes durch Deutschland in Form der von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker so formulierten Kollektivverantwortung nicht nur und nicht einmal in erster Linie gegenüber den Opfern und ihren

Nachkommen, sondern vor allem gegenüber dem nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Staat Israel durch das westliche Nachkriegsdeutschland. Auch der bereits gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts begonnene Versuch einer Lösung der „Judenfrage“ seitens der imperialistischen Mächte Europas sowie der USA auf dem Rücken der arabischen Bevölkerung Palästinas ist ein wesentliches Element für die Unversöhnlichkeit des jüdisch-palästinensischen Konflikts.

Eine jüdische Sicht der Vertreibung der Juden aus Palästina durch die Römer

Im Jahr 1888 hatte der jüdische Historiker **Heinrich Graetz** seine „*Volkstümliche Geschichte der Juden*“ veröffentlicht, deren ersten Band er „*Von der Entstehung des jüdischen Volkes bis zur Entstehung des Islam*“ betitelte. Schon im Titel wird also von einem jüdischen Volk geredet. Er definierte das jüdische Volk von der gemeinsamen Religion her. Proselyten (d. h. Angehörige anderer Völker, die sich zum Judentum bekannten) gehörten zum Judentum, Christen, die die jüdischen Bräuche ablegten, gehörten für ihn zu den heidnischen Völkern, d.h. den Völkern, die nicht an den Gott glaubten, der die Welt erschaffen hat und dem allein die Ehre gebührt, angebetet zu werden, mit anderen Worten: allen Völkern außer dem jüdischen Volk. Die Folgen der Niederlage des aus dem gegen die römische Herrschaft gerichteten Versuch des Wiederaufbaus von Jerusalem resultierenden zweiten jüdischen Aufstandes gegen das **Imperium Romanum**

(unter Bar Kochba im Jahr 135), als die Römer die letzte Stadt der Aufständischen erstürmt hatten, beschreibt Graetz so:

„Die in Bethar eingedrungenen römischen Krieger haben unter der angetroffenen Bevölkerung ein Blutbad angerichtet, dessen Schilderung Schauer erregt: die Pferde seien bis an die Nase in Blut gewatet; das Blut habe sich in Gestalt eines Flusses in das fast eine Meile entfernte Meer ergossen und schwere Felsen mit fortgewälzt; dreihundert Kinderhirne habe man an einem Felsen zerschmettert gefunden, und von der ganzen Jugend Bethars soll nur der Sohn des Patriarchen entgangen sein. Die Frauen der Erschlagenen haben keinen lebendigen Zeugen aufreiben können, der über den Tod ihrer Männer vor Gericht hätte Zeugnis ablegen können. Man kann kaum den ungeheuren Zahlen Glauben schenken, welche von den in dem Bar-Kochebaischen Kriege Gefallenen angegeben werden, und doch werden sie von einer römischen Quelle mit der jüdischen übereinstimmend bestätigt. Der gut unterrichtete griechische Geschichtsschreiber Dio Cassius erzählt, es seien außer den durch Hunger und Brand Umgekommenen mehr als eine halbe Million gefallen. Doch der Verlust der Römer war nicht minder groß, wenn auch die römische Politik die Zahl derselben verschwieg. Ein großer Teil der Legionen war in den Schlachten und bei der Belagerung aufgerieben worden. Hadrian, froh, einen solchen fast unerwarteten Sieg errungen zu haben, wagte nicht, als er dem Senat die Anzeige davon machte, die übliche Form zu gebrauchen: 'Ich und das Heer befinden uns wohl.' Der Senat dekretierte (= beschloß) auch nicht für den Kaiser einen Triumph über den jüdischen Krieg. Nur der Sieger Julius Severus erhielt ein Ehrenzeichen eines Triumphators.“* (Mit Sternchen gekennzeichnete Einschübe sind Erläuterungen von mir, KD..)

Zeugnis über das Geschehen hätte nach römischer Rechtsauffassung -

vor dem römischen Senat abgelegt werden müssen, der dann zu entscheiden gehabt hätte, ob es sich bei dem von römischer Seite unternommenen Krieg um einen gerechten Krieg (bellum iustum) gehandelt hätte oder nicht.

„Noch gab es zersprengte Scharen zu besiegen, die von Gebirgsschluchten und Höhlen aus einen verzweifelten Guerillakrieg führten. Um auf diese Flüchtlinge zu fahnden, stellte der Sieger an drei Punkten Wachtposten auf. Die einem Wachtposten entgingen, sollten vom andern gefangen genommen werden. So wurden alle Krieger vernichtet, alle aufgestandenen Städte und Dörfer zerstört und das Land im buchstäblichen Sinne zur Wüste gemacht. Einige Jahre später war in dem ölreichen Galiläa ein Ölbaum eine Seltenheit geworden. Die Gefangenen, wahrscheinlich nur Frauen und Unmündige, schleppte man zu vielen Tausenden auf die Sklavenmärkte Hebrons und Gazas, und der Sklaven waren so viele, daß man sie um einen geringen Preis verkaufte. Der Rest wurde nach Ägypten geschleppt, wo sie durch Hunger und Schiffbruch ein elendes Ende fanden. Es gab aber noch immer Flüchtlinge, die sich in den Höhlen versteckt hielten, um der Treibjagd der Feinde zu entgehen. Eines Tages erlitt eine Menge solcher Gehetzten an einem Sabbat durch blinden Schreck den Tod in den engen Gängen einer Höhle. Als sie ein Geräusch, verursacht von den mit Nägeln besetzten Sandalen neuer Ankömmlinge, vernahmen und es für den Sturmschritt anrückender Feinde hielten, drängten sie in wilder Verzweiflung so ungestüm aufeinander, daß sie einander zertraten und zerquetschten. Dieser Vorfall hinterließ einen so betrübenden Eindruck, daß man später verbot, am Sabbat benagelte Sandalen zu tragen. Andere Unglückliche, denen die Lebensmittel fehlten, erhielten sich in den Höhlen vom Fleische der Leichname, die haufenweise auf den Feldern lagen. Der Genuß von Menschenfleisch war für diese Gehetzten eine Le-

bensgewohnheit geworden, und jedem wurde der Reihe nach die Aufgabe zugeteilt, einen Leichnam aufzusuchen und in die Höhle zu schaffen.“

Nicht unwichtig ist der Hinweis, daß die Römer das Land zu einer Wüste gemacht hatten. Laut Mythenbildung der Zionisten soll es das im wesentlichen bis zur von ihnen organisierten Kolonialisierung geblieben sein.

Die römischen Sieger waren damals gewillt, in Palästina „ganze Arbeit“ zu leisten, um das Judentum dort ein für allemal aus der Welt zu schaffen und damit den über das römische Reich verstreut lebenden Juden die Möglichkeit zu entziehen, ihr geistig-religiöses Zentrum je wiederaufzubauen. Die noch aus Zeiten der Res publica übernommene vorsichtige Politik, bei der Befriedung eines im Zuge eines „gerechten Krieges“ in den römischen Herrschaftsbereich einbezogenen Volkes die geistige Identität der Besiegten möglichst unangetastet zu lassen, war längst einer auf völlige Unterwerfung und Versklavung angelegten Vorgehensweise gewichen.

„Aber nicht einmal dieses elende Leben gönnten die Römer den Flüchtlingen; man suchte sie aus ihren Verstecken zu locken, Herolde machten bekannt, daß man denen, die sich freiwillig stellen würden, Gnade werde widerfahren lassen. Und die Leichtgläubigen wurden niedergemetzelt. Glücklicherweise waren nur die Flüchtlinge, welche die Euphratgegend und Arabien erreichen konnten. Auch die auswärtigen Judäer im römischen Reiche ließ Hadrian seinen Zorn empfinden. Er legte allen einen Leibzoll auf, der noch viel drückender war als die Judensteuer, die Vespasian eingeführt hatte. ... Die jüdische Nation lag als eine große Leiche auf den blutgetränkten Feldern ihres Vaterlandes, das befriedigte seinen (= Hadrians) Rachedurst nicht, auch das jüdische Volkstum sollte vernichtet werden. Zu diesem Ende (= Ziel)* ließ er eine Reihe von Gesetzen in Ausführung bringen, welche darauf berechnet wa-*

ren, das geistige Leben des Volkes aus den Herzen der Übriggebliebenen zu reißen. Hadrian ernannte Rufus, den Landpfleger von früher (d.h. den römischen Statthalter aus der Zeit vor Beginn des Aufstandes)*, zum Vollstrecker seiner Edikte, weil er mit den Lebensgewohnheiten der Juden bekannt war und sie sorgfältig überwachen konnte. Um die Stadt Jerusalem und den Tempelberg, wo vielleicht noch Spuren des unternommenen Wiederaufbaues vorhanden waren, ließ Rufus den Pflug ziehen, und zwar an dem in der jüdischen Geschichte so verhängnisvollen Tage, dem neunten des Monats Ab (August). Die Stadt selbst ließ Hadrian neu aufbauen, vermutlich mehr nördlich, wo ehemals die Vorstädte waren. Eine Kolonie von ausgedienten Soldaten, Phöniziern und Syrern, ließ er in die neuerbaute Stadt ansiedeln. Sie war auf griechische Art gebaut, mit zwei Marktplätzen, einem Theater und anderen öffentlichen Gebäuden. Es war Hadrian gelungen, seinen früher gefaßten Plan, Jerusalem in eine heidnische Stadt zu verwandeln, auszuführen. Auf dem Tempelberg wurde eine Bildsäule Hadrians und ein Tempel zu Ehren des kapitolinischen Jupiter, des römischen Schutzgottes, aufgeführt. Auch andere Götterstatuen ... verunreinigten Jerusalem. Selbst der uralte Name der heiligen Stadt sollte aus dem Gedächtnisse der Menschen schwinden. Sie führte fortan den Namen *Alia Kapitolina* ... An dem Südtore, das nach Bethlehem führte, wurde ein Schweinskopf in halb erhabener Arbeit (= als Relief)* angebracht, das den Juden ein besonderes Ärgernis geben sollte; auch wurde ihnen bei Todesstrafe verboten, die Ringmauern dieser Stadt zu betreten.“

Graetz läßt keinen Zweifel daran, daß der von ihm beschriebene römische Vernichtungskrieg gegen das jüdische Volk, der dazu führte, daß die Juden in Palästina kein geschlossenes Siedlungsgebiet mehr hatten, das von dem römischen Kaiser Hadrian angestrebte Ziel, das jüdische Volkstum „vergessen“

zu machen, nicht erreicht hatte.

Graetz weist allerdings auch darauf hin, daß die Verbreitung des Judentums über die ganze antike Welt des römischen und des parthischen Reiches schon vorher stattgefunden hatte, wiewohl Jerusalem bis zu seiner Zerstörung für alle als das reale Zentrum gegolten hatte.

„Keinem Volk der Erde ist an der Wiege schon das Lied von endloser Wanderung und Zerstreuung gesungen worden wie dem jüdischen, und dieses schaurige Wiegenlied ist in erschreckender Buchstäblichkeit in Erfüllung gegangen. Es gab kaum einen Winkel in den beiden damals herrschenden Reichen, dem römischen und dem parthischen, worin nicht Juden wohnten, wo sie nicht zu einer religiösen Gemeinschaft zusammengewachsen wären. Der Rand des großen Mittelmeerbeckens und die Mündungen aller Hauptströme der alten Welt, Nil, Euphrat, Tigris, Donau, waren von Judäern bevölkert. Wie ein unerbittliches Verhängnis trieb es die Söhne Israels immer weiter von ihrem Mittelpunkt fort. Diese Zerstreuung war aber auch ein Segen und ein Werk der Vorsehung. Es waren ausgestreute Samenkörner, welche bestimmt waren, überallhin lautere Gotteserkenntnis und reinere Gesittung zu tragen. Wie die Kolonisation der Griechen dazu beigetragen hat, Sinn für Kunst und Wissenschaft unter den verschiedenen Nationen zu wecken, wie die Ansiedlungen der Römer dazu dienten, ein durch Gesetz geordnetes Gemeinwesen in vielen Ländern zu fördern, so hat die noch viel ausgebreitetere Zerstretheit des ältesten Kulturvolkes, der Judäer, den nicht zu übersehenden Zweck, den Wahngelübten und den tierischen Lastern des Heidentums entgegenzuwirken. Wie zersprengt aber auch der jüdische Stamm war, so waren seine Glieder doch nicht voneinander losgelöst; sie hatten einen Einigungspunkt im Tempel zu Jerusalem und in dem Synhedrion der Quaderhalle, an denen die Zerstreuten mit ganzem Herzen hingen.“

Das **Synhedrion** bzw. Sanhedrin war der Hohe Rat, ab dem 2. Jahrhundert vor Christus die höchste jüdische Rechtsbehörde in Staats-, Rechts- und Religionsachen, die in römischer Zeit - ab Eroberung durch Pompejus - unter römischer Aufsicht tagte. Es bestand aus 70 Mitgliedern, zunächst aus dem saduzäischen Priesteradel, später auch den pharisäischen Schriftge-



Palästina heute: Palästinensischer Flüchtlingsjunge vor Resten eines durch israelische Armee zerstörten Hauses
Foto: Reuters

lehrten, unter dem Vorsitz des Hohenpriesters. Zwar war seine Gewalt auf Judäa beschränkt, seine Anordnungen wurden aber in allen jüdischen Gemeinden anerkannt. Nach dem Fall Jerusalems im Jahr 70 u.Z. trat an seine Stelle das Synhedrion in **Jamnia**, dem heutigen Jebna (einer palästinensischen Stadt am Mittelmeer) unter einem Patriarchen; es hatte nur noch moralische Autorität.

Da das (offiziell bis zur Niederlegung der Kaiserkrone 1806 bestehende) Heilige Römische Reich deutscher Nation sich als Rechtsnachfolger des römischen Reiches betrachtete, wäre es auch für die

Wiedergutmachung von durch das römische Reich begangenen Unrecht rechtlich zuständig gewesen. Das römische Recht war jedenfalls vom Heiligen Römischen Reich in großem Umfang übernommen worden. Sofern sich das Kaiserreich der Hohenzollern als Rechtsnachfolger des Heiligen Römischen Reiches betrachtete, wäre es demnach auch für Wiedergutmachungsansprüche gegen das römische Reich der erste Ansprechpartner gewesen.

Die Sehnsucht nach der Wiedererrichtung Jerusalems blieb - wie Graetz es beschreibt - bei den in der Diaspora lebenden Juden durch die Jahrhunderte hindurch ungebrochen, auch wenn die Anhänger des Judentums mit dem Zerfall des römischen Reiches Menschen sehr unterschiedlicher Nationalität geworden waren. Sein Werk richtete sich nach innen gegen die Menschen jüdischer Herkunft, die sich assimiliert hatten, auch wenn er großes Verständnis für diejenigen zeigte, die dies zur Zeit der Römerherrschaft unter dem Zwang, andernfalls ihr Leben einzubüßen, taten. Von Interesse ist, daß auch Graetz Jerusalem als die „heilige Stadt“ bezeichnet, darin den Palästinensern nicht unähnlich, bei denen Jerusalem als **Al Quds** (= Die Heilige Stadt) bezeichnet wird. (Der inhaltliche Bezug ist allerdings anders - doch davon später mehr.)

Hadrian „nahm die alte Politik des syrischen Antiochus Epiphanes wieder auf, die jüdischen Heiligtümer zu entweihen und dem jüdischen Volke das Heidentum mit Waffengewalt aufzuzwingen. Hadrian glaubte, dadurch den starren Freiheitssinn der Juden am nachdrücklichsten brechen zu können, wenn er es dahin brächte, sie ihres eigenen religiösen Lebens zu entöhnen. Die schwersten Strafen wurden über alle diejenigen verhängt, welche die Beschneidung, den Sabbat beobachteten oder sich mit der jüdischen Lehre beschäftigten. ... Die strengen Dekrete und die noch strengere Ausführung waren ein harter Schlag für die

Übriggebliebenen. Die Gewissenhaften waren ratlos, wie sie sich in dieser verzweiferten Lage zu benehmen haben, ob sie, streng an der religiösen Praxis festhaltend, ihr Leben dafür einsetzen oder ob sie, Rücksicht nehmend auf die ohnehin gelichteten Reihen der jüdischen Bevölkerung, ihr Leben schonen und sich für den Augenblick der harten Notwendigkeit fügen sollten. Die übriggebliebenen Gesetzeslehrer versammelten sich in einem Söller in Lydda und zogen die Frage über Leben und Tod in Beratung. ... Die Strengen scheinen der Ansicht gewesen zu sein, daß jeder Jude verpflichtet sei, für jede Zumutung zu irgendeiner Gesetzesverletzung den Märtyrertod zu sterben, ohne Unterschied, ob die Religionsvorschrift eine schwere (wesentliche) oder geringe (minder wesentliche) sei. R. (= Rabbi)* Ismael machte die entgegengesetzte Ansicht geltend, man dürfe sämtliche Religionsgesetze des Judentums übertreten - allerdings äußerlich und widerwillig -, um das Leben zu erhalten. Er war dafür, daß man sich für den Augenblick dem Religionszwang fügen müsse. Wie immer, drang auch in der Lyddenschen Versammlung die vermittelnde Ansicht durch. Es wurde nach Abstimmung zum Beschluß erhoben, man dürfe, um nicht dem Märtyrertod zu verfallen, sämtliche Gesetze übertreten, wenn der gewissenlose Feind es öffentlich verlangt, mit Ausnahme von dreien: Götzendienst, Unkeuschheit und Mord - welche als die wesentlichsten Unterscheidungsunkte des Judentums angesehen wurden -, im Notfall jedoch nur zum Schein sich gefügig stellen, im übrigen aber so viel davon zu beobachten, als immer möglich wäre. ...“

Zum strenggläubigen Judentum zählte damals ganz offensichtlich das Gebot: „Du sollst nicht morden“, eine Vorschrift, an die sich etwa die heute herrschenden Politiker Israels um Ariel Sharon keineswegs gebunden fühlen.

Die von der Versammlung der jüdischen Gesetzeslehrer in Lydda zur Zeit Hadrians aufgestellte Maßre-

gel der scheinbaren Anpassung kam auch bei späteren Judenverfolgungen, die insbesondere von der Christenheit seit der Zeit der Kreuzzüge ausgingen, immer wieder zur Anwendung und war natürlich auch den Verfolgern, etwa der **Heiligen Inquisition** im Spanien nach 1492 (als die letzte maurische Festung, Granada, von der spanisch-katholischen **Reconquista** erstürmt worden war) geläufig, die die Juden vielfach auch dann in die **Autos da fé** („Prozesse um den wahren Glauben“, an deren Ende der Scheiterhaufen für die des Unglaubens Überführten stand) schickte, wenn sie sich zwangsweise hatten taufen lassen und sich zum Christentum bekannten.

Die rasant und mit starker Anteilnahme geschriebene „Volkstümliche Geschichte der Juden“ nimmt bei der Entwicklung eines auf die geschichtlichen Leistungen ihres Volkes stolzen Selbstbewußtseins derjenigen, die sich zum Judentum bekannten und bekennen, einen wichtigen Raum ein. Das Buch von Graetz wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und erfuhr etliche Auflagen. (Die von mir benutzte Auflage erschien im Jahr 2000.) Wenngleich der Autor das Judentum stärker aus religiöser Sicht behandelte, konnten sich in seiner Darstellung auch diejenigen wiederfinden, die von einem nichtreligiösen ethnozentristischen (d.h. nur das eigene Volk und seine Ansprüche gegenüber den Ansprüchen anderer Völker in den Mittelpunkt stellenden) Standpunkt aus eine Sammlung der Juden der Welt zu einer Nation anstrebten, auch wenn dabei ein anderes Volk verdrängt werden mußte. Von letzteren - den Zionisten, denen die Gründung und wesentliche, insbesondere die rassistischen und terroristischen, Charakterzüge des Staates Israel zu verdanken sind - und ihrer auch bei den Juden selbst keineswegs unumstrittenen Mythenbildung wird noch die Rede sein.

Moses Hess, ein tiefgläubiger Jude und Zeitgenosse von **Karl Marx** (der in seiner eigenen Stellungnahme zur Emanzipation des Juden-

tums auch gegen ihn polemisierte), war einer der Vordenker des Zionismus. Er forderte angesichts des zu seiner Zeit noch latenten Antisemitismus und des sich in den europäischen Industriestaaten verstärkenden Nationalismus 1862 den Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina. Seine - sozialistische Vorstellungen mit der jüdischen Ethik verbindende - Idee, einen jüdischen Bauern- und Arbeiterstaat zu errichten, sollte für die Entwicklung Israels jahrzehntelang prägend werden. Seine Vorstellungen erwachsen vor dem Hintergrund einer christlichen Gesellschaft, die die islamisch geprägte arabische Bevölkerung Palästinas als „Fremde“ im „heiligen Land“ betrachtete.

„Ihre 'symbolische Enteignung' korrespondierte mit der kolonialen Attitüde, alles Land in Besitz zu nehmen, das von 'niemandem' beansprucht wurde. Für einen Mann wie den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson stellte sich die Rückkehr der Juden nach Palästina als die Erfüllung der biblischen Prophezeiungen dar. Demzufolge unterstützte er das zionistische Projekt nach Kräften.“ (Ludwig Watzal, *Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern*, Berlin 2001, S. 9 f)

Bevor näher auf die Politik der Zionisten eingegangen wird, sollen die Bedingungen geschildert werden, die dazu geführt haben, daß es eine zionistische Bewegung überhaupt gab.

Der Antisemitismus im deutschen Kaiserreich der Hohenzollern

Der Judenhaß war nicht auf die deutsche Bevölkerung beschränkt und dort nicht einmal am stärksten ausgeprägt. Aber die wissenschaftliche Verbrämung und die Entwicklung einer darauf aufbauenden rassistischen Rechtfertigungsideologie in der modernen Geschichte hatten ihre Wurzeln vor allem in Deutschland.

Während noch im Reformations-

zeitalter der Reformator **Martin Luther** eine sehr gehässige Schrift „*Wider die Juden und ihre Lügen*“ geschrieben hatte, in der er mit den wirrsten Unterstellungen aus der Zeit der Kreuzzüge, von der an die Juden im Machtbereich der katholischen Kirche als Ketzer verfolgt und in Ghettos gezwungen wurden, zu einer Pogromstimmung gegen die Juden blies, konnten sich etwa seit der **Aufklärung** auch im christlichen Abendland Menschen jüdischer Herkunft am kulturellen Leben beteiligen. Der Dichter und Philosoph **Gotthold Ephraim Lessing** schrieb damals sein Drama „*Nathan der Weise*“ (1779), in dem er sich mit dem Gleichnis von den drei äußerlich gleich aussehenden Ringen um Toleranz der Anhänger der drei Buchreligionen des Heiligen Landes (Judentum, Christentum, Islam) untereinander bemühte. Einer seiner Freunde, der jüdische Philosoph **Moses Mendelssohn**, mit dem zusammen er die Zeitschrift „*Briefe, die neueste Litera-*

die Juden in England als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt, es folgten die USA mit der „*Erklärung der Menschenrechte*“ (1776). Die **Französische Revolution** mit ihrer Erklärung der Menschenrechte war für die Entfaltung von Bewegungen der Emanzipation zahlreicher Minderheiten in Europa von entscheidender Bedeutung, so auch für die Emanzipation der Juden, die in Frankreich 1791 gegen den heftigen Widerstand der Geistlichkeit Gesetz wurde. In Preußen wurde die Judenemanzipation im Zuge der **Stein-Hardenbergschen Reformen** 1812 gesetzlich geregelt. Die anderen deutschen Staaten, in denen es für die Juden noch Beschränkungen gab, schlossen sich 1871 - nach Gründung des Kaiserreiches unter den in Preußen als Könige regierenden Hohenzollern - den gesetzlichen Bestimmungen der Judenemanzipation in Preußen an.

„Emanzipation des Judentums“ besagte dabei insbesondere im vom



Intifada in Ramallah

Foto: AP

tur betreffend“ herausgab, leitete mit seiner Schrift „*Jerusalem oder über religiöse Macht und Judentum*“ (1783) eine geistige Emanzipation des Judentums in Deutschland ein.

Pate gestanden sowohl für den Antisemitismus als auch für den Zionismus hatte die in den westeuropäischen Industrienationen erhobene Forderung nach einer Emanzipation des Judentums. Zuerst wurden

Protestantismus geprägten preußisch-deutschen Reich, daß sich die Juden ihrer christlichen Umgebung anzupassen hätten, was am besten dadurch geschehen konnte, daß sie ihre Identität als Juden aufgaben. Schon 1822 machte der Journalist **Ludwig Börne** die Aussage: „*Der Judenhaß ist einer der pontinischen Sümpfe, welche das schöne Frühlingsland unserer Freiheit verpesten.*“ Und **Heinrich Heine**

traf die ironische Feststellung, der Übertritt zum Christentum sei zum „*Entreebillett in die bürgerliche Gesellschaft*“ geworden; später - mit Einführung der Religionsfreiheit im Kaiserreich - waren auch jüdische Gemeinden geduldet, auch wenn manche ihrer religiös bedingten Gewohnheiten (wie das Schächten von Tieren anstatt des Schlachtens) gesellschaftlich verpönt blieben.

Den Antisemiten war sowohl die Emanzipation der jüdischen Gemeinden als auch die Emanzipation von Juden von ihrem Judentum zuwider. Für sie blieb der Jude ein Jude, egal ob er bei seiner bisherigen Rolle blieb oder sich assimilierte und seine Zugehörigkeit zur jüdischen Religion aufgab. Der von **Wilhelm Marr** 1879 zur Unterscheidung vom traditionell-religiösen Judenhaß geprägte Begriff „Antisemitismus“ sollte der neuen Gegnerschaft gegen die Juden ein wissenschaftliches Mäntelchen verleihen. Im wahrsten Sinne des Wortes hoffähig gemacht wurde der Antisemitismus durch den kaiserlichen Hofprediger **Adolf Stöcker**, der am 19.09.1879 seine erste „Judenrede“ hielt. Er wendete sich nicht gegen Angehörige der jüdischen Glaubensgemeinschaft, wohl aber gegen das, was er als „modernes Judentum“ bezeichnete, und forderte von diesem religiös nicht gebundenen Judentum weniger nationale Überheblichkeit und mehr Toleranz gegen christliche Institutionen und Personen in Deutschland sowie den Verzicht auf eine wirtschaftliche und soziale Vormachtstellung auf zahlreichen Gebieten und fragte rhetorisch, ob die Juden wohl endlich lernen würden, sich an der gesamten deutschen Arbeit zu beteiligen, auch an der harten und sauren Arbeit des Handwerks, des Landbaus und der Fabrik. Daß es z.B. in den preußischen Ostprovinzen zahlreiche jüdische Arbeiter gab und daß viele bettelarme Menschen in Deutschland Juden waren, fand in Stöckers Vorhaltungen keine Erwähnung. Die von ihm unterstützte **Konservative Partei** legte aufgrund von

Stöckers Agitation bei den Reichstagswahlen kräftig zu und gewann vor allem in konservativ-kleinbürgerlichen Schichten eine Zeitlang eine wachsende Anhängerzahl (allein in Berlin stieg ihr Stimmenanteil von 14.000 Stimmen 1878 auf 56.000 Stimmen 1884). Stöcker selbst kandidierte nicht und wurde nach einer am 05.11.1890 in Baden gehaltenen antisemitischen Rede, mit der er den liberalen **Großherzog Friedrich I. von Baden** in Rage gebracht hatte, vorzeitig in den Ruhestand versetzt, aber die Konservative Partei nahm 1892 in ihr Programm den Satz auf:

„*Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler.*“

Im Unterschied dazu entwickelte sich ein eigenständiger kleinbürgerlicher, kleinbäuerlicher und lumpenproletarischer Antisemitismus, der in seinen politischen Zielsetzungen sehr viel radikaler und gefährlicher wurde. Einer ihrer Führer, **Dr. Henrici**, verbreitete in seiner „Reichshallenrede“ 1880 einen rassistischen Antisemitismus und fand weitaus mehr Zulauf als Stöcker. Die von ihm geführte **Sozialistische Reichspartei** forderte zugleich eine expansionistische Kolonialpolitik, in der die Germanen den Juden gegenüber ihre wirtschaftliche Kraft mobilisieren könnten. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte auch die **deutsch-antisemitische Vereinigung** von **Theodor Fritsch**.

Der erste als Antisemit in den Reichstag gewählte Abgeordnete, der Marburger Bibliotheksrat **Dr. Böckel**, sah im Antisemitismus keine religiöse oder soziale, sondern eine nationale Frage. Böckel, der besonders erfolgreich unter den armen Bauern und Kleinhändlern der nordhessischen Notstandsgebiete, an denen der industrielle Aufschwung weitgehend vorbeigegangen war, agitierte, sah im Antisemi-

tismus „*die Wiedergeburt des reinen, unverfälschten deutschen Gedankens. Das deutsche Volk soll durch den Antisemitismus sich wieder als germanische Rasse im Gegensatz zur jüdischen Rasse fühlen lernen.*“ (*Reichsherald*, 04.10.1887) In der von ihm herausgegebenen antisemitischen Wochenschrift *REICHSSHEROLD* verbreitete er im Lager der Antisemiten eine der bäuerlichen Psyche angepaßte Führermystik und ließ sich bei Einweihung „judenfreier Viehmärkte“ unter Girlandenschmuck als „Bauernkönig“ feiern. „*Wenn man so will, kann man in Dr. Böckel eine Antizipation Hitlers in Taschenformat erblicken.*“ (Fritz Bauer u.a., *Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1965) Auf dem **Antisemitentag** 1889 in Bochum trafen mit insgesamt 250 Delegierten aus über hundert Städten des deutschen Reiches alle Richtungen des Antisemitismus von Stöcker bis Böckel zusammen, angesichts des radikalen Auftretens von Böckel reiste Stöcker vorzeitig ab, aber auch Böckel waren die Ergebenheitsbekundungen der Mehrheit der Versammelten nicht genug; er verließ ebenfalls den Antisemitentag. Nach der Reichstagswahl 1890 jedoch konnte er mit 4 weiteren antisemitischen Abgeordneten eine eigene parlamentarische Gruppe bilden, die sich von Reichstagswahl zu Reichstagswahl steigerte und bis 1907 auf 25 Sitze anwuchs, dann jedoch stagnierte. Sie hatte bis dahin knapp 500.000 Wähler hinter sich, wobei der **Bund der Landwirte** besonders rührig war. Ihr „gutes Gewissen“ bezogen diese umtriebigen Rassisten, die im deutschen Kaiserreich noch eine politisch nicht zum Zuge kommende und von den herrschenden Kreisen, die darauf Wert legten, daß das deutsche Kaiserreich ein gegenüber solchen Parteiungen unparteiischer Rechtsstaat war, vielfach als abseitig und skurril betrachtete Minderheit darstellten, nicht zuletzt aus dem Wissenschaftsbetrieb.

KD

DIE NEUE RECHTE, DIE MUSIK UND DER RIEFENSTAHL

Von Dr. Lutz Neitzert

Im modernen Tonstudio ist die Collage der denkbar billigste Weg zum Bombast:

1) „MITTERNACHTSBERG“/ VON THRONSTAHL

Die Wortführer der sogenannten „Neuen Rechten“ bejubeln seit jüngstem die Wiederkehr des Pathos in der Jugendkultur der ausgehenden 90er Jahre – ausgerechnet in der Rockmusik, dort also, wo sich pathetische Töne bislang, wenn überhaupt einmal, dann doch immer nur ungewollt einschleichen konnten.

Und man konstatiert zugleich den Auszug der rechten Musik aus der Schmutzdecke der Skinheads und der Neonazis:

„Abseits vom unappetitlichen Gegröle der (Skin-)Bands hat sich Unkonventionelles eine Plattform geschaffen: inmitten des Arkanums linksalternativen Bewusstseins...sprießen schwarze Blüten...Die rechte Independent-Szene hat es sich in der...remotesten Nische gemütlich gemacht: in der Schnittfläche von Nietzscheanischem Nihilismus, Wagnerschen Mythen, okkultur Dunkerei und... Heroismus“ (Junge Freiheit v. 1.9.95)

So kündigte die Zeitschrift „Junge Freiheit“, das einflussreichste Forum neurechter Journalisten und Aktivisten, eine Reihe von Schallplattenprojekten an, die ihrer Gesinnung neues Terrain innerhalb der Jugendmusikszene erobern sollten: Unter Programmen wie „Im Blutfeuer“ oder „Riefenstahl“ versammelte man deutsche, österreichische, italienische, schwedische, tschechische, australische, englische und amerikanische Musikgruppen – allesamt aus düster-avantgardistischen Randbereichen des Rock – unter solchen Etiketten wie „Darkwave-, Gothic-, Industrial- oder Neofolk-Music“ und mit solchen Namen wie: „Von Thronstahl“, „Turbund Sturmwerk“, „Projekt Blauland“, „Preussak“, „Voxus Imp.“, „Nothwende“, „Allerseelen“, „Forthbeginning Fire“, „Blood Axis“ oder „Sol Invictus“.

Und tatsächlich erreichen die Konzerte und Platten dieser Bands ein ganz anderes, vielschichtigeres Publikum als jene Skinheads, die vor einigen Jahren (aus gegebenen Anlässen von Rostock bis Solingen) in die Schlagzeilen gerieten. In einer Aura des Exklusiven gibt es hier kein „Ausländer raus!“ oder „Sieg Heil!“, stattdessen nebulöse Multimediaspektakel und symbolbeladene Happenings.

Doch unmissverständlich stellt man dabei selbst die Kontexte her, in welchen man verstanden sein will, im Interview, im Internet oder in (oft aufwändig produzierten) Begleitpublikationen.

„Es gibt nur wenige Künstler, die sich in den 30er Jahren einen großen Namen geschaffen hatten, ohne sich später in tagtäglicher Bußfertigkeit davon zu distanzieren. Leni Riefenstahl ist... eine davon!...(Wir) haben uns zusammengefunden, um dieser Frau...ein Denkmal zu setzen!“ (Buch zur „Riefenstahl“-CD)

Gelegentlich kokettiert man dabei zwar wohlkalkuliert auch einmal mit dem Reiz des Verbotenen bzw. des Gerade-noch-Erlaubten: etwa wenn sich eine australische Formation den Namen „Strength through Joy“ („Kraft durch Freude“ also) gibt oder eine italienische firmiert als „Swirling Swastikas“ („Wirbelnde Hakenkreuze“), wenn das „Horst-Wessel-Lied“ zitiert oder wenn Klaus Barbie, der berüchtigte Gestapo-Chef von Lyon, besungen wird. Zumeist jedoch (und ganz gemäß den Vorgaben der intellektuellen Strategen der neuen Rechten) sucht man es zu vermeiden, sich in dieser Art als Neo-Nationalsozialisten zu präsentieren. Stattdessen beruft man sich mit Bedacht auf jene Riege unorthodoxer Faschisten, die (aus unterschiedlichen Gründen) nicht zu politischen Funktionären des 3. Reiches geworden sind oder die gar – als unerwünschte Konkurrenz in den eigenen Reihen – Opposition zum Hitlerregime waren (wie etwa Ernst Röhm oder auch Gregor und Otto Strasser).

So bezieht die englische Gruppe „Death in June“ ihren Namen ausdrücklich auf den Putschversuch und die Ermordung des SA-Führers Röhm im Juni 1934.

Was nun die Bezugnahme auf eine Figur wie Leni Riefenstahl anbetrifft, so eröffnet dies (wie erwünscht und vorhergesehen) eine Diskussion mit unabsehbaren Fronten.

Zum einen scheint ihre Ästhetik ja längst rehabilitiert und findet sich wieder aufgegriffen in der Werbung ebenso wie im Videoclip – oder man denke nur an die Medieninszenierungen großer Sportereignisse (wie der letzten Olympischen Spiele).

Zum anderen spiegelt sich in ihren Filmen auf schillernde Weise jener so schwer fassbare Grat, an welchem das fraglos Positive (die Idealisierung des Schönen, Starken, Jungen und Gesunden) beginnt, seine Kehrseite (die Verachtung des Nicht-Schönen, des Nicht-Starken, des Nicht-Gesunden) heraufzubeschwören.

2) „DONNERSTAG“/VOXUS IMP.

Hoch im Kurs als Stichwortgeber stehen aber vor allem die Vertreter der sog. „Konservativen Revolution“ und der völkischen Jugendbewegung, deren antidemokratisches Wirken in den 20er und 30er Jahren die kulturelle Atmosphäre der Weimarer Republik in einer das gesellschaftliche Leben letztlich lähmenden und die politischen Strukturen zersetzenden Weise polarisiert hatte.

Immer wieder finden sich Zitate oder übernommene Gedanken von Carl Schmitt (dessen These, wonach die notwendige Unterscheidung in Freund und Feind das eigentliche Wesen des Politischen ausmache, die nazistische Staatsrechtslehre fundierte), aus Oswald Spengler's Traktat über den „Untergang des Abendlandes“ – Zitate von Ernst Niekisch, Arthur Moeller van den Bruck oder auch von Mussolini's Hauptphilosoph Julius Evola als Motto genommen für eklektizistisch überladene Rockmusiken.

„Hier redet das Leben selbst, und der Urgrund des roten Blutes zaubert seine bunten Bilder!“ (Ernst Jünger/im Begleitheft zur CD-„Im Blutfeuer“)

Das Leben selbst...Das Blut...Der Urgrund...!

Keine Parolen, sondern ominöse Formeln.

3) „SONNENWENDE“/ERNTE („Im Blutfeuer“)

Alle Diktatoren und politischen Aggressoren dieses Jahrhunderts wussten solche Semantik in ihrer Propaganda einzusetzen.

Und es ist nicht Geschichte ! Auch im ehemaligen Jugoslawien spielten die Kriegstreiber auf einer solchen Klaviatur. Und es ist gewiss kein Zufall, dass das erklärte musikalische Vorbild all dieser Bands eine Gruppe aus dem heutigen Slowenien ist, mit Namen „Laibach“.

1992, auf dem Höhepunkt des Bürgerkriegs, gaben die Musiker von „Death in June“ in Zagreb ein Konzert vor kroatischen Frontsoldaten und ehrten die HOS-Milizen (in denen Rechtsextremisten aus ganz Europa mitmarschierten) als die Märtyrer des Abendlandes.

„ ‚Allerseelen‘ und die technosophische Tonkunst !...Wenn man die Augen schließt, führen einen diese Klänge direkt an das Lagerfeuer alter Volksstämme, die noch wissen, wie man durch das Tor zu höheren Dimensionen tritt... ‚Konservative Avantgarde‘ meint (Kadmon, der Kopf von ‚Allerseelen‘)...(In seiner) Schriftenreihe ‚Aorta‘ beschäftigt (er) sich...mit esoterisch-historischen Themen: ein Beitrag über Leni Riefenstahls Film ‚Das blaue Licht‘ findet sich neben einem Text über den theo- und ariosophischen Maler Fidus.“

„...als nacktbadender Volksgesundheitsapostel ein Idol des jungen Hitler...“

„...Der Runenkundige Karl Maria Wiligut...“

„...Himmels Mystiker und Schöpfer des SS-Totenkopfringes...“

„...wird ebenso vorgestellt wie der Gründer der... ‚Eisernen Garde‘ Rumäniens, Corneliu Codreanu...(Vor allem) Wiligut spielt für (‚Allerseelen‘) eine besondere Rolle. Für das neueste Projekt...liefert der Gedichtzyklus (‚Gotos-Kalanda‘) des Völkischen die textliche Grundlage. Er besingt die germanischen Monate von Hartung bis Julmond. Zu härtestem Industrial-Gewitter.....!“ (Junge Freiheit 38/1995).

Während hier ganz bewusst (und bis zur Grotteske) der anachronistische, völkisch-romantische

Sprachstil (quasi liturgisch) rezitiert wird – wobei durchaus einkalkuliert ist, damit nicht von jedem so ganz ernst genommen zu werden (eine Abgrenzungsstrategie, die ja auch in anderen Jugendsubkulturen immer wieder angewandt wurde und wird !). Während man hier versucht, eine Aura des vorgeblich Nicht-Modernen zu kreieren, sind andere Zirkel dabei, die dahinterstehenden weltanschaulichen Positionen in nüchternere Tonarten zu übersetzen und sie für aktuelle politische, soziale und kulturelle Debatten umzuformieren. Inspiriert und instruiert durch die bereits seit langem etablierte französische „Nouvelle Droite“ um Alain de Benoist, durch Jean Marie LePen's „Front National“ und das intellektuelle Umfeld Jörg Haider's in Österreich, versuchen auch hierzulande junge Historiker, Sozial- und Geisteswissenschaftler, Ökologen und Literaten, die Eckpfeiler jener antidemokratischen Ideologie in zeitgemäßen Programmen zu rekonstruieren.

Die Bücher dieser Autoren finden sich in den Katalogen renommierter Verlage:

„Die selbstbewusste Nation“ (Schwilk/Schacht) / „Die gekränkte Nation“ (Breitenstein) / „Die verborgene Gesellschaft“ (Schönhuber) / „Rückruf in die Geschichte“ (Weißmann) / „Geopolitik – Deutschlands Chance“ (Brill) / „Vom Geist Europas“ (Kaltenbrunner) / „Der Todesschlaf Europas“ (Höllhuber) / „Lexikon des Konservatismus“ (Schrenck-Notzing) / „Positionen und Begriffe Carl Schmitts“ (Quaritsch) / „Arno Breker – ein Leben für die Schönheit“ (Egret) / „Kulturrevolution von rechts“ / „Wir 89er“ (Bubik) !“

Sozialdarwinistische Ideen werden gemünzt auf die Diskussion um den Sozialstaat oder um die Entwicklungshilfe. In diesem Zusammenhang dann steht als aktuell brisante Forderung die „Festung Europa“, deren Errichtung durch geopolitische, historische, kulturelle und rassistische Argumente legitimiert werden soll. Auch in der Musik taucht diese Vorstellung auf: in Gruppennamen wie „Heiliges Europa“, in Szenezeitschriften wie „Europafront“ oder „Europakreuz“ und als zentrales Thema der rezitierten nordisch-germanischen Mythen.

Ein starker Staat mit einer neuen, machtbewussten Elite wird beschworen und das Hierarchische als das einzige dem Menschen naturgegebene Ordnungsprinzip.

„Es lässt sich kein Aufbau denken ohne Stufung. Ohne Aufblick zum Hervorragenden, zum Überraschenden gibt es keine Bildung. Die Tatsache der...Vermassung, der inneren und äußeren Normierung, erfordert die Bildung der Elite. Spannung ist Grundgesetz alles Lebendigen – (das gilt für jeden Lebensbereich, im Politischen wie im Geistigen, besonders aber im Kulturellen und Religiösen: Nach dem Gesetz der Trägheit und Schwere müssen den Kräften der Tiefe andere entgegenwirken, die nach oben ziehen !“ (Josef Sellmair/im Buch zur „Riefenstahl“-CD)

Immer wieder rekurriert man auf eine vorgebliche Naturgesetzlichkeit, deren Gebote die moderne Gesellschaft missachte und die es wiederherzustellen gelte, gleich so, als sei das Zusammenleben der Menschen in den komplexen Lebenswelten des ausgehenden 20ten Jahrhunderts nach archaischen Mustern zu durchschauen oder gar zu organisieren.

„,Neuer Adel, den ihr suchet / führt nicht her von Schild und Krone / stammlos wachsen im Gewühle / seltne Sprossen eignen Ranges / und ihr kennt die Mitgeburten / an den Augen wahrer Glut' ! – diese Verse Stefan Georges können als Leitidee von ‚Forthcoming Fire‘ dienen...Als drohende und zugleich zukunftsverheißende Losung eröffnen sie das Stück ‚Germania incognita‘...(das) geheime Deutschland...jenseits vom Nazitum und dem, was sich Demokratie schimpft !“ (Junge Freiheit 6/1996)

4) „GERMANIA INCOGNITA“ / FORTHCOMING FIRE

Natürlich steht nicht zu befürchten, dass eine solche Rhetorik und solch skurrile Poesie im Zeitalter von MTV und Microsoft eine Jugendbewegung zu initiieren vermag.

Doch könnte das Auftauchen und der relative Erfolg dieser Musik (im Zusammenhang mit anderen konstatierbaren gesellschaftlichen Tendenzen) sehr wohl ein Indiz dafür sein, dass bestimmte ideologische Strömungen wieder breiter zu werden drohen und dass die weltanschaulichen Koordinatensysteme begonnen haben, sich zu verschieben.

Eine Entwicklung, die in Zukunft innerhalb der Jugendszene durchaus wieder ein unbehagliches

Potential entstehen lassen könnte, welches in ökonomisch-politischen Krisenzeiten (wie in Jugoslawien geschehen, und auch in Russland) sehr schnell virulent würde.

Dazu kommt, dass viele der in der neurechten Rockmusik anklingenden Ideale auch in anderen, unverdächtigen Bereichen unserer Gesellschaft zunehmend größere Resonanzräume finden. Vor allem die Macher der Populär- und Alltagskultur setzen in ihren Inszenierungen und Verpackungen immer alternativloser auf den wohlfeilen Reiz der beeindruckenden Makellosigkeit des Schönen und des Starken und auf die nervenkitzelnde Aura des Kämpfers, angefangen bei harmlosen Sonntagnachmittags-Genres (der Naturfilm etwa wird fast ausschließlich noch präsentiert und dramaturgisch stilisiert als Thriller vom Fressen & Gefressenwerden), über die TV-Choreographien der großen Box-Spektakel bis hin zu den nassfrisierten Duschgelheroen in der Werbung. Die hohe Dosierung dieser Ikonen und Vorbilder könnte eine Atmosphäre entstehen lassen, in der es schwer wird, (vor allem jungen Menschen gegenüber) die Kehrseiten aufzuklären.

„Seele – Feuer – Licht – Bewusstsein...eine geistige, eine seelische Erhebung...Diejenigen, von denen die letzten Geistträger unserer Kultur sagten, sie seien zur Elite berufen. Diejenigen, die sich die Kraft erkämpft haben, aus dem tiefsten Dunkel kommend Sinn und Aufgabe in eine Zeit hineinzutragen. Ich kenne viele, die auf der Suche nach Seele nicht mehr auf das Bestehende setzen, sondern auf alles, was zu schaffen und zu erwirken ist...’Schließe die Tore, baue den Staat !’ sagt Gottfried Benn...Deutschland wird in seinem innersten Unschuldigen, in seinem Allergerheimsten neu entstehen.../’Germania incognita’). Ich glaube an die Reinheit und den Lichtgehalt dieser geschändeten Nation. Ihre Geisteskultur, die eine liebende ist, kann und darf nicht länger unterdrückt werden...Es ist das verzehrende Feuer, das wir durch Welt und Winter tragen...Das Ewige soll wieder Anteil am Leben haben, es bahnt sich seinen Weg...Die selten schöne dunkle Facette unserer Kultur hat es nicht nötig, sich im Wettlauf mit Trends oder Moden nach den Zügen zu richten...Mein Wesen ist opferbereit. Ich werde mich den Erfordernissen opfern...Da greift das Schicksal ein. Darin weht aber auch erkämpfte Freiheit, mein Wort erheben zu können gegen alles, was vor der aufgehenden Sonne keinen Bestand haben darf !“ (Junge Freiheit v. 23.2.1996)

Seele, Feuer, Licht, Blut, Sturm, Schicksal & Opfer, das Ewige und das Geheime –

Kultur versus Zivilisation, Volk versus Gesellschaft, Empfindung versus Verstand, Erde versus Asphalt...!

Pathos ist seit je der naive Versuch, das Unübersichtliche, Widersprüchliche und Unbehagliche in großen Worten zu bannen !

Und als fataler Reflex auf die Ungemütlichkeit der Moderne ermöglichte dies in unserem Jahrhundert immer wieder den verhängnisvollen Kurzschluss zwischen Kunst/Kultur/Ästhetik und Politik.

Gerade das Niemals-Konkretwerden, das Unbestimmte des pathetischen Duktus bildet sprachlich das ideale Milieu, um Machtpolitik zu kaschieren und zu verbergen hinter naturlyrischen Tönen und ebenso banalen wie fatalen Dualismen: das Helle und das Dunkle, das Natürliche, das Gesunde und das Entartete, das Eigene und das Fremde !

Und nun leben wir wieder in einer Zeit, in der bei vielen Menschen die Sehnsucht nach Scheuklappen wächst !

Erschreckenderweise scheint der Reiz und die Verlockung des Pathetischen gerade darin zu liegen, dass in ihm jedem Diskurs, jeder Kommunikation kategorisch und demonstrativ ein Ende gesetzt wird. Ritual und Verkündigung statt Auseinandersetzung und Diskussion.

Auf der Suche nach scharfen Konturen und sinnstiftenden Orientierungen drohen nicht wenige wieder auf jene Fährten zu geraten, die in den 20er und frühen 30er Jahren die demokratischen Prozesse und Institutionen fortschreitend blockierten und so den Weg in den Faschismus bahnten.

5) „WIDER DIE MASSE“/VON THRONSTAHL

Die musikalischen Stilmittel rekapitulieren auf gleiche Weise wie die Texte und Kontexte die alten Vorlagen und geraten in die gleichen Widersprüchlichkeiten:

Mit Originaltönen aus Filmen, Wochenschauen, Hörspielen und Reden, mit pseudosakralen Synthesizerklängen und Chorälen, mit Wagner, Marsch und Fanfaren, unterlegt mit im Technosound stilisierten futuristischen Maschinen-Rhythmen sucht man auf manierteste Art das Archaische als das Schrofte, das Authentische und – widersinnigerweise – als das Unwandelbare und Zeitlose vorzustellen.

Nun hat aber das Absurde der Idee den Reiz faschistischer Inszenierungen – von der Sonnenwendfeier bis zum Reichsparteitag – niemals diskreditieren können.

Je unverhohlener mit Naziparolen und Insignien hantiert wird, umso leichter fällt es, den Widerstand dagegen zu begründen und zu mobilisieren – doch die Haiderisierung des politischen Rechtsextremismus bis zur Salonfähigkeit, die findet ihre Entsprechung auch im Spektrum der Jugendkultur, der Jugendmusikkultur:

6) „DER MEISTER“/RAMMSTEIN

Im Frühjahr 1996 präsentiert die Zeitgeist-Redaktion der „Jungen Freiheit“ ihre jüngste Entdeckung:

„Böse – weil diese Zeit es nicht anders verdient: ‚RAMMSTEIN‘ !...Harte, deutschsprachige Musik...mit Top-Ten-Potential...(Das) Ganze irgendwo zwischen Heavy(Metal), Techno und Marschmusik, dazu geeignet, den Soundtrack zum Abgang dieses Jahrhunderts abzugeben. Rammstein sind vermittelnder Katalysator...Daher Daumen hoch für Rammstein und all das, was in ihrem Fahrwasser auf uns zukommen mag „ ! (Junge Freiheit v. 29.3.1996)

Zwar hält diese Gruppe einige Distanz zum Umfeld der einschlägigen „Neuen Rechten“, doch spielt auch sie mit den gleichen Versatzstücken: das Heroische als ästhetisches Prinzip, der Kampf als der Sinn des Lebens und das Schwadronieren übers „Stahlgewitter“ als Apokalypse unserer Epoche. Zwar haben die Stücke, die Bühnenshows und die medienwirksamen Selbstdarstellungen dieser Band für die Wachen unter ihren Zuhörern stets einen leicht ironischen Unterton – doch inwieweit Ironie ein aggressiven Pathos umzudeuten vermag, das bleibt stets eine offene Frage !

Die Prognose der „Jungen Freiheit“ jedenfalls stimmte: kaum ein Jahr später eroberte „Rammstein“ die Hitparaden und füllt seither (als eine der erfolgreichsten deutschen Rockbands) die Programme der Musikkkanäle, die Reihen der größten Konzertsäle und Stadien – ebenso wie die Seiten der „Bravo“ !

DIE NEUE RECHTE oder DAS SPIEL IST AUS (Zur Ästhetik der Gegenmoderne)

Von Dr. Lutz Neitzert

„Die Kultur als Machtfrage“

unter dieser Überschrift verkündete in seiner Oktoberausgabe ‚93 das Zentralorgan der „Neuen Rechten“, die Zeitschrift „Junge Freiheit“ (JF), das Programm einer „reaktionären Ästhetik der konservativen Revolution“:

„(Das) Angebot des revolutionären Konservatismus an den modernen Menschen geht bis zur Neudefinition seiner Existenz...Unmittelbar ist die menschliche Lebensführung betroffen... Letztlich geht es um eine ‚Seelenfärbung‘, beschreibbar durch...ästhetische Figuren...Die Substanz jener ästhetischen Figuren ist die von ‚inneren Bildern‘:

Der Gedanke der Wiedergeburt (Kreis), monadenhafte Erd- und Gottverbundenheit, Tragik und

Bestimmung, Ehre und Glaube, Haltung von Geist, Seele, Körper, Schöpfungs- und Vernichtungsakt...Es geht um reale Defizite im permanenten Ausnahmezustand einer sterbenden Epoche. Solche Defizite, ungelöste Spannungen aufzugreifen, ist Aufgabe des revolutionären Konservatismus“ !

„Revolutionärer Konservatismus‘ – *Deja vu* – im Geistesleben der Weimarer Republik firmierten unter diesem Etikett Blut & Boden – Ideologen und Machiavellisten wie Ernst Jünger, Carl Schmitt oder Arthur Moeller van den Bruck, Vordenker des Nationalsozialismus, die nun plötzlich wieder – up to date – zu Stichwortgebern geworden sind einer neurechten Intelligenz.

„Dass Konservativ-Sein heute eine revolutionäre Haltung bedingt, ist offensichtlicher denn je... Hier tritt ein Ansatz auf, der von seiner Anlage her Wissenschaft, Kultur, Religion, Jugendkultur und Politik von Grund auf ‚umwälzen‘ kann...In Deutschland entsteht eine Rechte, die auf der Höhe der Zeit steht – und noch ein kleines Stückchen darüber hinaus“ ! (*Junge Freiheit*)

Die Protagonisten einer Ästhetik der GEGENMODERNE präsentieren sich als Rädelsführer einer Jugend-Bewegung – als *Avantgarde*. Niemand sollte die Hoffnung hegen, dass sich der Neofaschismus in Kultur und Politik selbst diskreditieren wird durch den Ruch des Ewiggestrigen. Er wird ganz ohne Zweifel tatsächlich „auf der Höhe der Zeit“ sein.

„Die Jugendkultur von heute bietet erfolversprechende Ansätze...Der Gedanke, (wonach) die ‚Moderne‘ nie Endzustand sein kann und ‚Postmoderne‘ nur als Hilfsvokabel zur Umschreibung der Pulverisierung aufklärerischen Erbes fungiert, scheint Bestandteil vieler Jugendkulturen zu sein.

Ein merkwürdiges Bewusstsein, in einer Phase des Niedergangs zu leben, ist virulent...“ (*JF*)

Vor allem in der Jugendszene stehen ihre Seismographen:

„Die Parties der Tekkno-Szene (ähneln) makabren Totenfeiern einer Epoche...(und sprechen eine andere Sprache als die der ‚Moderne‘)...STAHLGEWITTER ALS FREIZEITSPASS... Macht, Gewalt, Ekstase, Geschwindigkeit, Totalität von Herrschaft und Unterordnung – diese Schlagworte bieten ganz brauchbare Eckpunkte zur Markierung des ästhetischen Gehalts von Tekkno. Dieser augenscheinliche Gegensatz zur Welt des Rock’n Roll zeigt sich auch im düsteren Schein der Laserbatterien, die auf breiter Front im Kunstnebel die Halle durchfluten und an die Scheinwerfer der Luftaufklärung erinnern...Selten sieht man tausende Menschen so lustvoll und mit Hingabe ihren Führern folgen. Zum einen führt der gnadenlose Schlag der Musik, zum andern die – in auffallend gestrengem Ton gehaltenen – Kommandos der DJs...Tekkno bietet Stahlgewitter als Freizeitspaß“ ! (*JF*)

„Stahlgewitter“, Ernst Jüngers Roman über die (ästhetische) Faszination der Weltkriegsschlachten im Schützengraben.

In fataler Weise erinnert diese Sprache an jene des „I. futuristischen Manifestes“:

„Wir wollen den Krieg verherrlichen – die einzige Hygiene der Welt – den Militarismus, den Patriotismus.... die schönen Ideen, welche töten, und die Verachtung der Frau...

Wir...wollen kämpfen gegen den Moralismus, den Feminismus und gegen jede utilitaristische Feigheit...(Wir bekennen uns zu einer) starke(n) und gesunde(n) Ungerechtigkeit“ !

Und zum Sieg des Duce schwadronierte Marinetti:

„Wir Futuristen, die wir seit Jahren...die Liebe zur Gefahr und zur Gewalt, den Patriotismus und den Krieg...verherrlichen, sind glücklich, endlich diese große futuristische Stunde Italiens zu erleben, während das schmutzige Gesindel der Pazifisten...im Sterben liegt...(Der Futurismus ist eine) nationalheroische und mit der Rasse unumgänglich verbundene Lebens- und Kunstform... Die ‚fliegende Gewalt‘ (kündet) von einer neuen Geistigkeit, einer Vitalisierung des Daseins...In den leitmotivischen Sujets der Sturmtrupps und Faschistenlegionen (erkennt man) futuristische Apotheosen der faschistischen Idee“ !

Gerade der Blick auf den Futurismus lässt ahnen, welche Faszination durchaus wieder von einer autoritären Ästhetik ausgehen könnte – und dass eben nicht etwa ein operettenhaftes Remake in Reichsparteitags-Manier zu erwarten ist, sondern eine junge, dynamische und vorsätzlich kompromisslose Sprache und Bildsprache.

Oberste Intention – damals wie heute – der
AUFRUF ZUR SKRUPELLOSIGKEIT !

Und das in einer Welt, die Vorsicht und Bedachtsamkeit doch nötiger hätte als jemals zuvor. 1910 hielt Mussolini's Freund Marinetti in Neapel (dort, wo heute Mussolini's Enkelin umjubelt politische Furore macht) einen programmatischen Vortrag, in dem er schwärmte: Die „Schönheit der Gewalt“ müsse ununterscheidbar werden von der „Gewalt der Schönheit“ !

Auch als Futurist wird er wohl kaum die Phantasie besessen haben, sich auszumalen, wie sich veritable „Stahlgewitter“ (und tausendfacher Tod) zelebrieren lassen als High-Tech-Videospektakel – Live aus Bagdad – und das zur besten Sendezeit. (Was – um Himmels und um Quoten willen – hätte CNN wohl gemacht aus Hiroshima ? – kaum auszudenken !)

„Vielleicht...wird sich der eigentliche Umschwung nicht auf vermutetem Felde vollziehen...(es) kennzeichnet...die Lage trefflich, dass im besten Sinne reaktionäre Ästhetik...bislang nicht von ‚rechten‘ Postillen‘ am erfolgreichsten verbreitet wurde“ ! (JF)

Vorsicht ! Sie sind hellwach.

Auf vielen Feldern der Alltagskultur und Alltagsästhetik spüren die Neurechten mit einigem Erfolg „Ansatzpunkte zum Einklinken“ auf.

Längst hat die Werbung den „Riefen-Stahl“ in zeitgemäße Formen gegossen. Der Weg von Arno Breker zum leibhaftigen „Duschgel-Mann“ ist kürzer als so manch einer denken möchte.

Schönheit, Gesundheit, Sauberkeit, Jugendlichkeit und Kraft – Good Vibrations (heute wie vor 60 Jahren) !

Und, bitte schön, was soll denn Schlechtes sein an diesen Idealen ?

Es wird zunehmend schwerer werden, die Kehrseiten dieses Kultes aufzuklären – die Verachtung des Ohnmächtigen, Kranken und Schwachen – und vielleicht wird dies in Zukunft die wichtigste Aufgabe auch der Pädagogen sein.

„Jedem einzelnen Menschen macht der Konservatismus zunächst einmal das Angebot einer persönlichen Neuausrichtung. Eine ‚heroische‘ Lebensperspektive...wirkt heute katalysatorisch. Die Verachtung des Kalküls..., die Wahl von Bekenntnissen und Hingabe...wirken magnetisch fremd in unserer Zeit.

So vermag jene ‚Geschlossenheit‘ auf individueller Ebene wieder gefunden werden, die die Erben von 1789 gesellschaftlich zerstörten“ ! (JF)

Gegenaufklärung – Obskurantismus, und das im Angesicht von existentiellen Weltproblemen, die verlangen, dass wir doch nun endlich klug werden mögen.

Der Soziologe Ulrich Beck kommentiert solche Sätze:

„(Alle) Schlüsselbegriffe der rollenden konservativen Gegenreformation...(sind) ein giftiges Gegengift gegen (den) Fluch des Weltzerfalls...Natur, Frau, Mann, Volk, ethnische Identität und so fort. Diese Kategorien beschwören Altes, Anthropologisches, Unveränderliches und Hinzunehmendes. Sie beschwören die **WIEDERGEBURT DER EINFACHHEIT NACH IHREM ENDE.**

Die Gegenmoderne absorbiert, verteuflert, fegt die Fragen vom Tisch, die die Moderne aufwirft...“ !

DIE SEHNSUCHT NACH SCHEUKLAPPEN WÄCHST und erfasst immer mehr Menschen angesichts einer zunehmend unübersichtlicheren und (allem Anschein nach) desolateren Welt. Die Sozialpsychologie prägte den Begriff des „psychischen Modernisierungsverlierers“ und meint damit all diejenigen, welche vor den immer höheren Orientierungsanforderungen und dem Informations-Overkill kapitulieren, diejenigen, welche die alltägliche Reizüberflutung als eine existentielle Bedrohung erleben. Insbesondere auch viele junge Leute scheinen heute geradezu eine Höllenangst zu haben vor jeder Verwirrung und allem Befremdlichen. Man wünscht sich vor allem eines:

SCHÄRFERE KONTUREN !

Und die Vordenker der Neuen rechten beschwören ja gerade das Ende des Außer-ordentlichen,

des Extravaganten, des Spitzfindigen, wie auch des Grotesken und des Witzes, und sie beschwören stattdessen die RÜCKKEHR DES PATHETISCHEN !

Gerade die Kunst soll nach ihrem Willen nicht länger Diskurse anregen, soll nicht nach Rasonnement verlangen. Nicht kritische Distanz oder die Fähigkeit, differenziert zu denken, wird gefordert, sondern die Inthronisierung des „gesunden Menschenverstandes“. Eine BERUHIGENDE UND SINNSTIFTENDE GEMEINHEIT soll Platz greifen.

Und die moderne Medienwelt wird faschistischen Tendenzen (- spätestens seit der Entfesselung des Massengeschmacks mit Einführung des Privatfernsehens -) wohl kaum noch irgendwelche Hemmnisse entgegensetzen – wenn anstelle des alltäglichen „Kindergeburtstages“ auf dem Bildschirm einmal wieder böartige Untertöne Programm werden sollten.

Als sei gar nichts dabei und als sei gar nichts geschehen, so spricht ein H.J. Syberberg heute schon wieder davon, dass es gelte, „alle Unnatur“ aus deutschen Landen zu vertreiben, mitsamt den ganzen „Popneurosen“ und der „blut&bodenlosen“ Pseudokunst.

(„Spiegel“ 52/1993).

„Das DEUTSCHE...soll es sein, was gemeinschaftliche Identität stiftet. Nur steht diese Position in zwei Problemkreisen. Einer umfasst die Krise der eigenen Kultur, der andere die Existenz des FREMDEN“ ! (JF)

Nun, altväterliche Deutschtümelei wird dabei allerdings nur kleinere Nischen besiedeln (mag sein, den „Musikantenstadl“ ?). Die neue „Nation“, die als „Schicksalsgemeinschaft“ zusammenrücken soll, das wird wohl viel eher die Gesellschaft der Burgherren unserer „Festung Europa“ sein.

(„Europe awake !“, so ein Titel von „Skrewdriver“, den englischen Vorsängern des „Fascho-Rock“).

Das FREMDE jedenfalls, das ist längst lokalisiert jenseits der „Inseln des Wohlstandes“.

Beängstigend viele junge Leute verweigern heute vorsätzlich jede Auseinandersetzung mit allem „Fremdartigen“.

Und das ausgerechnet am Vorabend einer Völkerwanderung von solchen Ausmaßen, dass sich dagegen der Gotenzug aus unseren Geschichtsbüchern ausnehmen wird wie ein Betriebsausflug einiger trinkfester schwedischer Matrosen.

Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass die neofaschistische Ästhetik sich in Dienst stellen lassen wird zur „Wehrrtüchtigung“ im Kampf um die Verteidigung der „Neuen S-Klasse“ !

Bitte keine Missverständnisse – Gefahr droht nicht von den einzelnen beschriebenen Symptomen. Weder ist Techno-Musik „faschistisch“ noch sind es die Fotos eines Helmut Newton, noch ist jeder nassfrisierte „Aftershave-Adonis“ die ultimative Verkörperung eines neuen Ungeistes. Erst durch jenen verhängnisvollen Normalitätszuwachs, den rassistische Unduldsamkeit heute auch in unserer Gesellschaft wieder erfährt, droht ein Klima zu entstehen, in welchem die Errungenschaften der Moderne und der Aufklärung – plötzlich und unerwartet – kollabieren könnten.

Aber vielleicht bleiben es ja nur düstere Vorahnungen, und wir erleben nicht noch einmal, was ein Mensch wie Carl Einstein erleiden musste – als Jude, linker Intellektueller und avantgardistischer Künstler von Hitler-Deutschland ins Exil und dann in den Tod getrieben.

Er notierte in sein Tagebuch:

„Ich sitze in diesem Pariser Cafe. Um mich herum geht das Leben weiter und Hitler hält eine dumme Rede. Das steht in der Zeitung.

Der Riesenspießer tritt auf. Alles jubelt, die Übermasse des Problematischen wird mit einem Strich beseitigt, verboten.

Alles atmet erleichtert auf;

- *Das Leben ist wieder angenehm banal.*

- *„SCHULZE“ ist wieder Zweck der Schöpfung und der Welt“ !*

NAZI-AUFMÄRSCH IN PADERBORN UND WEWELSBURG VERHINDERT

Am 5.1.2002 sollten in Paderborn und Wewelsburg Naziaufmärsche stattfinden, doch die Polizei und die Gerichte verboten dieses im Vorfeld. Ein Verbot der Veranstaltungen hatte erst in letzter Minute Bestandskraft. In beiden Orten organisierten Bündnisse (Gegen-)Veranstaltungen, um klare Zeichen gegen Rechts zu setzen.

Kurz vor Weihnachten letzten Jahres meldete eine sogenannte „Initiative der weißen Art“ eine Demonstration für den 5.1.2002 in Wewelsburg an. Hinter der „Initiative der weißen Art“ stecken die „freien Kameradschaften“. Die Veranstaltung stand unter dem vielsagenden Motto „Ruhm und Ehre der Waffen SS“, sie galt als Auftaktveranstaltung und Probelauf zu den Gegenveranstaltungen zu der in Bielefeld geplanten Wehrmachtsausstellung.

Geplant war in Wewelsburg eine Demonstration, die auf jeden Fall an der Burg und an dem Appellplatz des Konzentrationslagers vorbeiführen sollte. Anschließend sollte unterhalb der Burg ein Konzert mit drei Livebands in beheizten Festzelten stattfinden.

Kurz nachdem diese Pläne der Neonazis bekannt wurden, bildete sich ein breites Bündnis, an dem sich auch der Asta der Uni Paderborn beteiligte, um diese Pläne zu verhindern. Ziel dieses Bündnisses war es von Anfang an, einen Naziaufmarsch in Wewelsburg zu verhindern. So begrüßte dieses Bündnis die Entscheidung der Polizei, die Demonstration zu verbieten. Da die Rechten jedoch Widerspruch eingelegt hatten, wurde sicherheitshalber eine Strategie überlegt, wie den Rechten ein Strich durch die Rechnung zu ziehen sei.

As erstes versuchte das Bündnis, alle in Frage kommenden Plätze für das Konzert den Nazi-Gruppen streitig zu machen, indem mit den Betreibern der Plätze gesprochen wurde, dass ihr Name als Unterstützer der Rechten publik gemacht würde. Als zweite Strategie wurde überlegt, alle wichtigen Plätze und Kreuzungen mit Gegenveranstaltungen zu belegen, so dass einfach kein Platz mehr für das braune Gedankengut vorhanden war und kein Demonstrationzug mehr zustande kommen konnte. Der ASTA beteiligte sich mit der Anmeldung zum Thema Nazis in den Universitäten an diesem Konzept, indem er an einer der wichtigsten Zufahrtsstraßen

zur Burg eine Veranstaltung bei der Polizei anmeldete.

Zwischen Weihnachten und Neujahr legten die „freien Kameradschaften“ Widerspruch gegen das Verbot ein und stellten eine Klage mit Eilantrag beim Verwaltungsgericht Minden. Das Gericht lehnte jedoch einen entsprechenden Antrag ab und bestätigte das Verbot. Daraufhin zogen die Rechten zum Oberverwaltungsgericht nach Münster, doch auch hier wurde das Verbot bestätigt. Und als die Nazigruppen dann noch zum Bundesverfassungsgericht zogen, stellte dieses, 12 Stunden vor dem geplanten Beginn der Veranstaltung, in letzter Instanz fest, dass das Verbot Bestandskraft hat.

Da die Nazis wohl mit einer juristischen Niederlage rechneten, meldeten sie zwischen Weihnachten und Neujahr eine weitere Veranstaltung in Paderborn an, allerdings unter dem gleichen Motto und zur gleichen Zeit wie in Wewelsburg. Auch hier formierte sich schnell ein Bündnis, was sich schwerpunktmäßig aus dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ zusammensetzte. Für dieses Bündnis war zu jedem Zeitpunkt klar, dass es einen Aufmarsch der Rechten *nicht* verhindern wollte. So meldete dieses Bündnis zwar an verschiedenen Plätzen in Paderborn Veranstaltungen an, ließ aber davon die Marschroute der Rechten unberührt, damit diese ohne Probleme demonstrieren konnten. Diese Veranstaltungen sollten keine Gegenveranstaltungen sein, es wurde von Anfang an jegliche Konfrontation mit den Nazis vermieden. So sollte es bei den Veranstaltungen keine Redebeiträge geben, es sollten alle Teilnehmer mehrere Stunden schweigend beisammenstehen.

In Paderborn kam es dann ebenfalls zu einem Verbot der Demonstration der Rechtsradikalen. Hiergegen legten sie erst gar keinen Widerspruch ein. Das Bündnis in Paderborn führte trotzdem seine Veranstaltungen durch, änderte jedoch in einem Punkt seine Strategie, indem es nun eini-

gen prominenten Politikern, wie dem Bürgermeister der Stadt Paderborn, Heinz Paus, eine Redemöglichkeit einräumte.

Schülerinnen und Schüler der Paderborner Schulen hielten sich nicht an das verordnete Schweigen. Sie wollten nicht nur ein klares Zeichen für Demokratie und Toleranz setzen, sondern auch lautstark zum Ausdruck bringen, dass sie etwas gegen die Neonazis in Paderborn und überall haben. So zogen sie, von dem ihnen zugewiesenen Standort Westertor zum Rathausplatz. Sie äußerten ihren Unmut mit Sprüchen wie „In Ost und West, nieder mit der Nazipest“ und „Hoch die antinationale Solidarität“.

Als in der Nacht vor dem geplanten Naziaufmarsch in Wewelsburg klar wurde, dass es zu keinem Naziaufmarsch kommen würde, wurden hier alle Veranstaltungen zu zweien zusammengefasst. Die erste Veranstaltung, zu dem schwerpunktmäßig die Vereine vor Ort einluden, traf sich am Mahnmahl auf dem Appellplatz des

ehemaligen Konzentrationslagers. Hier wurden verschiedene Redebeiträge gehalten und anschließend fuhr man in einem Autokorso nach Paderborn, um sich dort an den Veranstaltungen zu beteiligen.

An dem zweiten Treffpunkt auf dem Parkplatz zur Burg trafen sich Menschen, die nicht direkt aus Wewelsburg waren. Diese Gruppe hatte sich entschlossen, auf jeden Fall länger in Wewelsburg zu bleiben, da die Nazis bis zuletzt im Internet zu der Demonstration aufgerufen hatten und damit zu rechnen war, dass zumindest vereinzelte Rechtsradikale vor Ort erscheinen würden. Als jedoch, bis auf einige im Ort ansässige Neonazis, keine von ihnen gesichtet wurden, fanden auch hier verschiedene Redebeiträge statt. Nach der Veranstaltung zogen noch ca. 80 Demonstranten unter dem Motto „Wer schweigt, stimmt zu“ zu den Häusern der am Ort ansässigen Neonazis. Zu Zwischenfällen ist es jedoch nicht gekommen.

Frank Gockel

NOCH MAL GUT GEGANGEN

Zu den Ereignissen in Paderborn und Wewelsburg

Ein Kommentar von Frank Gockel

Ist ja noch mal alles gut verlaufen. Die Polizei und Gerichte verboten die Naziaufmärsche und die rechte Brut hielt sich dran.

Gut war auch, dass sich schnell ein breites Bündnis in Wewelsburg und Paderborn gefunden hatte, um ein klares Zeichen für „Demokratie und Toleranz“ und gegen die Nazis zu setzen. Ein klares Zeichen für was bitte noch mal? Schaut man hinter die Kulissen, sah es doch etwas anders aus. So entstand das Bündnis in Paderborn aus dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“. Aber mit der Toleranz war es nicht weit her, schon von Anfang an hatte das Wewelsburger Bündnis das Gefühl, hier ausgeschlossen zu sein. Dies liegt sicherlich an den leitenden Personen in den verschiedenen Bündnissen. Im Wewelsburger Bündnis finden sich eher Vertreter aus dem „linken“ Bereich, z.B. der Paderborner Antifa und dem Infoladen Paderborn. Und genau diesen Personen gegenüber besteht seitens der leitenden Personen im Paderborner Bündnis Unbehagen. Lieber lassen sich die Leiter des Paderborner Bündnisses mit hohen Funktionären der hiesigen Politik in den Zeitungen abbilden, als dass sie sich mit den Leuten verbünden, die täglich Angst vor rechten Übergriffen haben müssen. Auch will das Paderborner Bündnis gar nicht den Rechten den Aufmarsch vermiesen, im Gegenteil, es werden ihnen die zentralen Plätze, die sie benötigen, wie z.B.

der Bahnhof, bewusst überlassen. Dieses sogar unbeachtet der Tatsache, dass der eine oder andere Teilnehmer an den eigenen Veranstaltungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen und damit den Nazis direkt in die Arme laufen würde. (Es handelt sich um ein Paderborner Bündnis, es sollen eben nur Leute aus Paderborn kommen, so die Haltung einiger Bündnisteilnehmer zu diesem Problem).

Ja keine Konfrontation, ja keine klaren Zeichen auch den Rechten gegenüber setzen, sonst spielen die hohen Würdenträger in Paderborn nicht mit und eine überdimensionale Vereinnahmung der Presse zur Selbstdarstellung ist nicht möglich. Ja, man geht sogar so weit, kritische Redebeiträge auszuschließen, indem alle Veranstaltungen als Schweigeveranstaltungen geplant sind. Reden darf, wenn überhaupt, nur der, der sich gut an die Presse verkaufen lässt, wie z.B. der Bürgermeister.

Gut tat, in diesem Zusammenhang, das Verhalten der Paderborner Schüler. Sie wollten von Anfang an nicht schweigen und zogen so, auch gegen den Willen des restlichen Bündnisses, lautstark durch die Innenstadt, um ihrem Unmut über die rechte Pest Ausdruck zu verleihen. Denn, wie lautete noch das Motto der Spontandemo in Wewelsburg: „Wer schweigt, stimmt zu“.

ANTIFASCHISTISCHER BUND (A F B)

Jahresbericht 2001

Am 27.12.2001 fand die Jahreshauptversammlung unserer Organisation für das Jahr 2001 im Recklinghäuser Bert-Brecht-Zentrum statt. Der Vorstand legte den folgenden Jahresbericht vor, der nach intensiver Diskussion von den Mitgliedern befürwortet wurde.

I. Allgemeine Entwicklung:

Das Jahr 2001 war nicht geprägt von Fortschritten im antifaschistischen und anti-imperialistischen Kampf in Deutschland, bemerkenswert war lediglich, dass sich bis zum 11. September auch hierzulande, eher als Nachklang der weltweiten Bewegung, eine „Anti-Globalisierungs-Front“ zu artikulieren begonnen hatte, die danach aber weitgehend verstummte.

Wie wir vorausgesehen hatten, war der „Aufstand der Anständigen“ nicht der Beginn eines massenhaften antifaschistischen Engagements – auch wenn, insbesondere an Schulen, zahllose antifaschistische und anti-rassistische Initiativen gestartet wurden – , sondern in erster Linie der staatliche Versuch, die antifaschistische Basis-Arbeit weiter zu delegitimieren und gleichzeitig faschistisches Auftreten in dem von diesem Staat gewünschten Maß und ihm genehmer Form zu fördern, außerdem das Thema „Zuwanderung“ staatlicherseits führend ideologisch zu besetzen und die ausländerfeindliche Praxis fortzusetzen und auszubauen.

Die sozialdemokratisch-grüne Regierung hat sich dabei als die zur Zeit beste Sachwalterin der herrschenden imperialistischen Interessen und ihrer jeweiligen Wünsche nach weiterem Demokratie-Abbau erwiesen. Die ideologische Variante des offen reaktionären nationalen und rassistischen Chauvinismus ist obsolet – die ‚moderne‘ Variante des Sachwalters globaler Kapitalinteressen, des moderaten Sozialabbaus, des Abfederns der zunehmenden Entlassungs-Offensiven und gesteuerter Zuwanderung von Fachkräften für den Ausbau des ‚new market‘ ist auf absehbare Zeit

klar die Hauptoption des globalen Kapitalismus in Deutschland.

Der 11. September eröffnete dem deutschen Imperialismus die historisch selten günstige Gelegenheit, seine Interessen auf Jahre hinaus auch militärisch durchzusetzen, ohne dass zur Zeit mit größerem Widerstand zu rechnen wäre.

Antifaschistische Arbeit ist schwieriger geworden, seitdem der Staat und die ihm zuarbeitenden Strukturen die Führung beanspruchen und zum Teil auch einnehmen konnten.

Dem herrschenden Konzept ist es in vielen Fällen gelungen, diejenigen ins Abseits zu drängen, die die demonstrierenden Faschisten mit eigenen Kräften von den Straßen vertreiben wollen – während der Staat mit Polizeigewalt in den meisten Fällen das legale Auftreten der Faschisten ermöglichte und durchsetzte.

Dies ging so weit, dass den Faschisten vom Bundesverfassungsgericht zugebilligt wurde, sie würden zwar eine Meinung vertreten, die von der Mehrheit abgelehnt werde, die aber aus ‚rechtsstaatlichen‘ Gründen zu schützen sei. Dass hier in allerletzter Zeit ein wenig ‚nachgebessert‘ wurde, indem das Bundesverfassungsgericht beispielsweise ein Demonstrationsverbot unter dem Motto „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ bestätigte, ändert an der Grundorientierung wenig

Auf dieser Grundlage fanden das gesamte Jahr hindurch faschistische Aufmärsche statt, wodurch die Faschisten ihre Bewegungsfreiheit vergrößerten und eine ganze Reihe ideologischer Erfolge durchsetzten – insbesondere Aufmärsche am 1. Mai, am 1. September und durchs Brandenburger Tor. Nur

internationaler Protest verhinderte, dass sie durch das Berliner Scheunenviertel – ehemals Zentrum jüdischen Lebens in Berlin – demonstrieren durften; seitens der deutschen Behörden war dies im Grunde fest eingeplant gewesen.

Gleichzeitig trat völlig in den Hintergrund, dass die Zahl faschistischer Gewalttaten weiter zugenommen hat – hierzu gab es seitens der regierenden „Anständigen“ keinerlei Kommentar.

Jüngstes Beispiel für den Erfolg einer solchen Politik war die Demonstration von Faschisten am 15.12. in Bottrop: Zwar demonstrierten an diesem Tag etwa 800 Antifas gegen den Nazi-Aufmarsch, wichtiger aber ist die Tatsache, dass es dem DGB gelang, den Protest der „Anständigen“ mit einer Demo von über 2000 Leuten am 14.12. zu spalten, wozu die Teilnahme von DKP und PDS an beiden Demos sicher mit beigetragen hat.

Auf diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass auch in der antirassistischen und Flüchtlingsarbeit keine Fortschritt erzielt wurden. Das Grenzcamp 2001 vom 24.7.-5.8. unter dem Motto „Die inneren Grenzen im Visier“ konnte keine neuen Akzente setzen, Forderungen nach Abschaffung der Abschiebeknäste traten in den Hintergrund, Schilys neue Gesetze beinhalten eine große Zahl von Verschlechterungen für AusländerInnen insgesamt und für Flüchtlinge und Asylsuchende im Besonderen, die Aufnahme des Begriffs „geschlechtsspezifische Verfolgung“ in die neuen Gesetzesvorhaben ändert an den Grundintentionen wenig.

Wie oben erwähnt, war nur die antiglobale Bewegung, insbesondere nach den Genua-Ereignissen vom 19.-21. Juli, im Aufwind – wurde aber durch den 11. September, zumindest zeitweilig, in den Hintergrund gedrängt.

II. Zur Arbeit des AFB:

Unsere Organisation hat keine Fortschritte erzielt – und das gesamte Jahr hindurch war unsere Arbeit davon geprägt, dass geplante Aktionen nur mit großer Mühe oder gar nicht durchgeführt werden konnten.

Das begann mit einer geplante Aktion zum 27.1. vor dem Recklinghäuser Polizeipräsidium, die ursprünglich von den DKP vorgeschlagen wurde, dann aber gar nicht durchgeführt wurde, weil seitens der DKP keine Signale erfolgten (die DKP machte die Aktion dann im Februar, mit wenigen Teilnehmern, allein).

Es existierte auch die Idee einer Veranstaltung mit Paul Spiegel oder Michel Friedmann, dies war aber nicht realisierbar.

Stattdessen kam die DIDF auf uns zu und schlug vor, am 30.1. eine Bündnisveranstaltung zur weltweiten Verfolgung und Ermordung kritischer Journalisten zu organisieren, wobei die Türkei im Mittelpunkt stehen sollte. Wir haben einige Arbeit in die Vorbereitung investiert, wurden dann aber durch das Verhalten der Gruppe von amnesty international ‚elegant‘ aus dem Bündnis DIDF/amnesty/Presseclub Recklinghausen/Reporter ohne Grenzen ausgeladen.

Mehrfach planten wir ein Wochenendseminar, der Kontakt zu Jugendlichen an Schulen bzw. zur ‚Libertären Initiative‘ kam aber nicht voran.

Am 1. Mai nahmen wir an der alternativen Demo teil, die erstmalig nicht vom DGB organisiert war, und führten einen Info-Stand durch, an dem schwerpunktmäßig Unterschriften für S. Ekinici gesammelt wurden.

Die Veranstaltungsreihe mit Eren Keskin, die wir gemeinsam mit dem IFV organisierten, wurde mehrfach verschoben, kam dann vom 5.-7. Juli zustande, wobei nur auf der Veranstaltung in RE erfolgreich neue Menschen interessiert werden konnten.

In Dortmund wurde nicht einmal bekannt, dass AFB und IFV die Organisatoren des Keskin-Besuchs waren – was aber auch daran liegt, dass unsere Organisationen dort bisher nicht organisiert gearbeitet haben.

Vom 5.-10. November organisierten wir mit dem IFV zum fünften Mal die „Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt“, in der die Veranstaltung mit Angela Klein und Bernd Drücke zweifellos ein Höhepunkt hätte sein können, was sie angesichts des mangelnden Besuchs nicht war.

Erfreulich war die gute Diskussion und dass der IFV fast vollzählig erschienen war, erfreulich auch, dass zumindest einige Jugendliche aus der ‚Libertären Initiative‘ gekommen waren.

Dennoch bleibt fraglich, ob das Ergebnis den finanziellen und organisatorischen Aufwand gerechtfertigt hat.

Positiv ist jedoch, dass wir als einzige Organisation am 9.11. einen Kranz am jüdischen Mahnmahl niedergelegt haben und dadurch öffentlich bekundet haben, dass es in RE noch organisierte AntifaschistInnen gibt.

Auch die Presseankündigungen zu unseren Aktionen waren relativ ausführlich.

Es muss genauer untersucht werden, warum insbesondere die Veranstaltung mit Angela Klein und Bernd Drücke so wenig Resonanz fand.

Am 17. November haben wir uns an der Dortmunder Antikriegsdemo beteiligt, am 15.12. an der Antifa-Demo in Bottrop.

III. Zur Arbeit mit der AntifaZ:

Sicher ist positiv anzumerken, dass die Zeitung nach wie vor erscheint, auch inhaltlich auf gutem Niveau, wobei aber festzuhalten ist, dass wir nur noch mit der Hinzunahme von Fremdartikeln eine Ausgabe füllen können – das ist auf Dauer nicht vertretbar.

Diskussionen über neue Konzept sind nicht über das Stadium hinausgekommen, das 2 Vorschläge für eine neue Konzeption auf dem Tisch liegen: Internationalismus-Zeitung oder Ruhrgebiets-Regionalblatt. Im Grunde zeigt sich jedoch an den Inhalten der letzten 6 Ausgaben, dass wir die Internationalismus-Konzeption eher verwirklichen können.

Allerdings ist auf dem Gebiet der finanziellen Stabilisierung kein Schritt nach vorn gemacht worden – vielmehr viele schleichende kleine Rückschritte.

Seit dem 1. März 2001 besteht eine gemeinsame Homepage von AFB und IFV, allerdings können wir so gut wie gar nicht einschätzen, welche Aufmerksamkeit wir im Internet erzielen. Es bleibt also unklar, ob die Internet-Präsenz eine erfolgsversprechende Zukunfts-Perspektive darstellt.

IV. Perspektiven für die zukünftige Arbeit

Vieles spricht dafür, dass im vergangenen Jahr eine weitere Faschisierung des Staatsapparates stattgefunden hat und weiter stattfindet. Unbefriedigend erscheint aber, dass unsere Kenntnisse über Hintergründe, Wirkweise und Ursachen dieser Entwicklung nach wie vor unzulänglich sind. Ein deutlich größeres Gewicht soll also im kommenden Jahr der Kampf gegen weitere Faschisierung innerhalb des Staates erhalten, bspw. gegen die Ausdehnung exekutiver Rechte, den Abbau demokratischer Rechte, die Aufhebung der bürgerlichen Gewaltenteilung.

Viel spricht auch dafür, dass Neonazis ihren politischen Spielraum vergrößern werden und ‚moderne‘ Konzepte entwickeln, die ihnen noch mehr legales Auftreten absichern als bisher. Der ‚Neuen Rechten‘ wird hierbei eine stärkere Rolle zukommen als bisher. Jedoch bleibt ihr Dilemma bestehen, eine Spagat herzustellen zwischen ‚antibürgerlichen‘, ‚antiimperialistischen‘ Elementen auf der einen und der Unterstützung der zur Zeit von einem Teil der Konzerne gewünschten Rechtsentwicklung und konkreter Wirtschaftsziele wie erneuter Ausbau der Kernenergie, wirtschaftliche Nutzung der Genforschung und Rüstungsindustrie auf der anderen Seite.

Insgesamt wird der ‚Fortschritt‘ imperialistischer Politik Deutschlands zu weiterer Militarisierung der Gesellschaft und zu ganz neuen ideologischen Offensiven für das ‚Soldatentum‘ als bisher führen – auch hier muss der AFB praktische Ziele entwickeln, die dem etwas entgegensetzen.

Was unsere Bündnis-Möglichkeiten betrifft, scheint zur Zeit einzig die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kräften im kirchlichen Bereich (Unterstützung von Flüchtlingen und Asylsuchenden) und unter SchülerInnen und Jugendlichen (radikale Kritik an der Duldung und Widerstand gegen die Unterstützung faschistischer Kräfte, Bereitschaft des Widerstands gegen staatliche Maßnahmen) Aussicht auf Erfolg zu haben.

AFB-Vorstand

GEHEIMDIENSTSTAAT

Die Verschärfung des Sicherheitspakets und ihre Bedeutung

Anfang November hatte die Vorlage von SPD und Grünen für ein „Antiterrorgesetz“ blankes Entsetzen bei der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (DVD) ausgelöst. „Was hier von einem rot-grünen Kabinett beschlossen werden soll, hätte sich die alte schwarz-gelbe Regierung nicht erlaubt“, empörte sich der DVD-Vorsitzende Thilo Weichert. Schily plane die „Zerschlagung von Pfeilern unseres Rechtsstaates“. Sein Entwurf sei die „Grundsteinlegung für einen Geheimnisstaat“.

Der Sprecher des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Klaus Jensen, kritisierte gleichzeitig Schilys Vorhaben aus polizeilicher Sicht als „unsinnig und wirkungslos“. Als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September in New York und Washington seien keine neuen Gesetze erforderlich und auch keine „politische Kraftmeierei“.

Noch schroffer fiel die Kritik des FDP-Politikers und Bundestagsvizepräsidenten a.D. Burkhard Hirsch aus: „Der Gesetzentwurf hat keinen Respekt vor der Rechtstradition unseres Landes, vor der Würde und Privatheit seiner Bürger. Er verrät totalitären Geist. Keine einzige der in Schilys Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen wäre geeignet gewesen, das Attentat von New York zu verhindern. Aber die nun geforderten Überwachungsmechanismen beschädigen die Legitimität unseres Staates.“

Inzwischen ist das gesamte Paket nach einem Eilverfahren im Bundestag, das für den Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes, Geert Mackenroth, „fast schon Züge eines Geheimverfahrens“ trägt, fast unverändert verabschiedet.

Was ändert sich ?

Hier nur die wichtigsten Machtzuwächse der Sicherheitsapparate:

* Alle Geheimdienste – Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst – dürfen ab sofort bei allen Banken, Versicherungen, Postunternehmen und Luftverkehrsunternehmen Daten von einzelnen angeblichen „Extremisten“ abrufen. Die Vermischung von Polizei und Geheimdiensten und die Schnüffelei der Dienste nehmen damit orwellische Züge an.

Für die Humanistische Union ist die Durchlöcherung des Trennungsgebotes zwischen

Polizei und Geheimdiensten „verfassungsrechtlich nicht hinnehmbar“. Zudem kritisiert sie richtig: „Solange kein Straftatbestand gegen einen Bürger besteht – und dann wären die Strafverfolgungsorgane zuständig und nicht die Geheimdienste – geht es den Staat nichts an, ob und wohin ein Bürger fliegt, wem er E-Mails schreibt, von wem er Post empfängt und welche Banküberweisung er tätigt.“

Auch der deutsche Richterbund kritisiert, dass damit „die Verfassungsschutzbehörden zu Ermittlungsbehörden weiter entwickelt werden, die einer justiziellen Kontrolle nicht unterliegen.“

Zusätzlich werden sog. „IMSI-Catcher“ zur Überwachung von Handy-Nutzern eingeführt, die rechtlichen Möglichkeiten für den Lauschangriff ausgeweitet und generell die Überwachung des Fernmeldeverkehrs massiv ausgeweitet.

* Alle Geheimdienste erhalten einen Online-Zugriff auf die Millionen Daten des Ausländerzentralregisters. Alle Dienste dürfen auch die Daten des Ausländervereinsregisters beim Bundesverwaltungsgericht – dort sind 16 000 Ausländervereine gespeichert – jederzeit abrufen. Faktisch läuft das auf eine Totalerfassung aller Flüchtlinge und Migran-

Innen hinaus. Etwa neun Millionen Menschen unterliegen künftig dem ständigen Zugriff der Geheimdienste auf ihre Daten.

Flüchtlingsräte weisen schon lange darauf hin, dass die Beobachtungsdichte des Verfassungsschutzes bei Ausländern schon jetzt etwa 20mal so hoch ist wie bei Deutschen. Mit Schilys Paket wird diese Sonderverfolgung zum legalen Dauerzustand.

* Das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen ist künftig verpflichtet, vertrauliche Unterlagen aus Asylverfahren an die Geheimdienste weiterzuleiten, wenn Flüchtlinge Angaben machen, die bei den Geheimdiensten einen Verdacht auf „Extremisten“ auslösen könnten.

Das Büro des Flüchtlingskommissars der UNO (UNHCR) hatte diese neue Vorschrift scharf kritisiert: „Die Verpflichtung, Informationen strikt vertraulich zu behandeln, gehört... zu den Grundsätzen jedes Asylverfahrens.“ Amnesty international protestierte, damit sei nicht mehr gewährleistet, „dass die Daten nicht zu den Behörden der Verfolgerstaaten gelangen.“ Der UNHCR forderte eine ausdrückliche Klausel im Gesetz, „dass bei Flüchtlingen und Asylbewerbern eine Weiterleitung von Informationen an den Herkunftsstaat in der Regel unterbleiben muss.“

SPD und Grüne aber fügten bei der Schlussberatung stattdessen eine Klausel ein, die eine Weitergabe der ver-

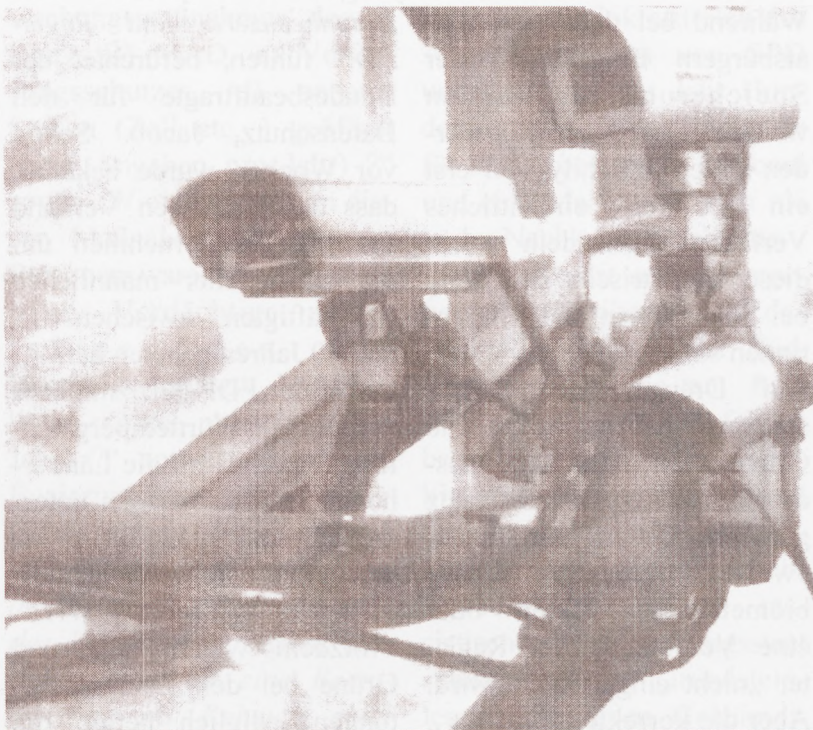
traulichen Asyl Daten an ausländische Stellen sogar ausdrücklich erlaubt, soweit das „völkerrechtlich geboten“ sei. Damit müssen Flüchtlinge in Zukunft fürchten, dass – zum Beispiel nach einem Fahndungsauftrag über Interpol – ihre Angaben im Asylverfahren beim Verfolgerstaat landen.

Diese Neuregelung zugunsten der Geheimdienste des Bundes hat auch die Begehrlichkeiten der Landesämter für Verfassungsschutz geweckt. Auf Antrag der Länder fügten SPD und Grüne deshalb in den Schlussberatungen noch eine Zusatzklausel ins Gesetz, wonach zusätzlich

müssen.

* Auch bei Visaverfahren im Zusammenhang mit Einreisen aus Nicht-EU-Staaten sind die Dienste in Zukunft regelmäßig dabei. Wenn irgendein Sicherheitsverdacht oder Verdacht auf „Terrorismus“ besteht oder andere Bedenken vorgebracht werden, soll das Visum verweigert werden. Alle Daten aus diesen Visaverfahren, auch die von Einladern, werden außerdem künftig zehn Jahre lang gespeichert.

Bei der bekannten Zusammenarbeit deutscher Dienste mit den Geheimdiensten „befreundeter“ oder für die deutsche Wirtschaft interes-



Videoüberwachung im Zentrum von Berlin

Foto: SoZ

die Ausländerämter der Länder alle Extremismus-relevanten Informationen über Ausländer „von sich aus“ an die Landesämter für Verfassungsschutz weiterleiten

santer Staaten dürfte es für Oppositionspolitiker aus diesen Ländern damit in Zukunft erheblich schwieriger werden, ein Einreisevisum zu bekommen, um hier über Menschen-

rechtsverletzungen in ihren Ländern zu berichten. Den Nebeneffekt dieser „Antiterrorpolitik“, dass so auch Wirtschaft und Politik stärker vor Kritik an menschenrechtswidrigen Geschäften und Allianzen geschützt werden, dürften die Regierungsparteien durchaus gewollt haben.

* Ebenfalls ins Gesetz aufgenommen ist die Totalerfassung der biometrischen Daten der Bevölkerung. Jeder Pass und jeder Personalausweis soll in Zukunft in verschlüsselter Form biometrische Daten seiner Inhaber enthalten, die bei Kontrollen sofort entschlüsselt und gelesen werden können.

Während bei deutschen Staatsbürgern Einzelheiten der Speicherung in einem weiteren Gesetz geregelt werden sollen – Schily will erst ein EU-weit einheitliches Verfahren aushandeln –, tritt diese biometrische Erfassung bei Flüchtlingen und MigrantenInnen sofort in Kraft.

Auf Drängen der Datenschützer haben SPD und Grüne zwar noch eine ausdrückliche Klausel ins Gesetz genommen, dass ein bundesweites Register dieser biometrischen Daten oder eine Vernetzung der Register „nicht eingerichtet“ wird. Aber die korrekte Lesart für „nicht“ lautet wohl eher: „noch nicht“. Zudem bestehen diese Register – künftig inkl. biometrischer Daten – ohnehin in jedem Bundesland.

* Das Bundeskriminalamt wird weiter ausgebaut zur Bundespolizei und bekommt

die Berechtigung zur Datensammlung gegen Unschuldige. Hier hatten die Grünen zwischenzeitlich behauptet, einen Erfolg gegen Schily erzielt zu haben: „Ermittlungen des BKA ohne Verdacht“ werde es nicht geben. Tatsächlich enthält aber schon der erste gemeinsame Entwurf von SPD und Grünen die neue Vollmacht. Nur bezog sich diese Vollmacht nicht auf „Ermittlungen“, sondern auf die „Erhebung von Daten“.

Dieser neue § 7 Absatz 2 BKA-Gesetz, auf den vor allem die BKA-Spitze und Schily gedrängt hatten, werde „zu einer Flut von Anfragen bei potenziellen Datenbesitzern und Registern“ führen, befürchtet der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Jacob. Schon vor Wochen wurde bekannt, dass das BKA den Verband der Energieunternehmen um die Daten aller männlichen Beschäftigten zwischen 18 und 40 Jahren gebeten hat.

Selbst der FDP-Justizminister von Baden-Württemberg kritisiert, dass damit die Länderhoheit in Polizeifragen untergraben und das BKA zu einem zusätzlichen Geheimdienst ausgebaut wird. Trotzdem waren SPD und Grüne bei den Schlussberatungen lediglich bereit, die neue Kompetenz des BKA auf vorerst fünf Jahre zu befristen. Dass solche „Befristungen“ noch nie dazu geführt haben, dass solche Vollmachten nach Ablauf der Frist wieder zurückgenommen werden, ist bekannt.

* Massiv ausgeweitet werden auch die bisher auf „verteidigungswichtige“ oder „lebenswichtige“ Einrichtungen begrenzten Sicherheitsüberprüfungen von Beschäftigten. Die Bundesregierung nennt das „vorbeugenden personellen Sabotageschutz“. § 1 Sicherheitsüberprüfungsgesetz wird erweitert um einen neuen Absatz 4, wonach „sicherheitsempfindliche Tätigkeit“ auch von solchen Personen ausgeübt wird, die „an einer sicherheitsempfindlichen Stelle innerhalb von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen (arbeiten), bei deren Ausfall oder Zerstörung eine erhebliche Gefährdung für die Gesundheit oder das Leben von großen Teilen der Bevölkerung zu befürchten“ sei.

In den Erläuterungen heißt es ausdrücklich, dass damit bspw. Einrichtungen und private Firmen gemeint sind, „die der Versorgung der Bevölkerung (z.B. Energie, Wasser, Chemieanlagen, pharmazeutische Firmen, Banken) dienen oder die für das Funktionieren des Gemeinwesens (z.B. Telekommunikation, Bahn und Post) notwendig sind.“

Damit können Hunderttausende Beschäftigte in Zukunft Opfer geheimdienstlicher Überprüfungen werden. Wer vorbestraft oder „extremismusverdächtig“ ist, wird entlassen oder gar nicht erst eingestellt. Außerdem bekommen die Arbeitgeber durch diese neue Regelung Daten ihrer Beschäftigten, auf

die sie bisher laut Arbeitsrecht keinen Anspruch hatten. Einzelheiten, welche Einrichtungen, Betriebe, Branchen und Beschäftigte betroffen sind, will die Bundesregierung durch Rechtsverordnung festlegen.

Bürgerrechtsorganisationen warnen, dass „*Journalisten bei Funk und Fernsehen, Krankenschwestern, Chemiker bei Bayer oder Schering, der Monteur bei der Telekom, Arbeiter bei der Post bis zu Arbeitern bei Kleinfirmen, die für Wasserwerke oder E-Werke arbeiten*“, künftig von Geheimdiensten regelmäßig überprüft werden.

Gegen negative Bescheide, die in der Regel die Entlassung bzw. Nichteinstellung zur Folge haben dürften, ist zwar der Klageweg möglich. Da die Geheimdienste aber ihre Quellen auch vor Gericht nicht offenbaren, dürften solche Klagen in den meisten Fällen aussichtslos sein.

* Andere Punkte in Schilys Paket wie die Einbeziehung von Sozialdaten in die Rasterfahndung, neue Verbotsgründe gegen Ausländervereine, weitere Abschiebungsgründe gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, erkennungsdienstliche Behandlung selbst von 14jährigen Flüchtlingskindern und die Speicherung ihrer Fingerabdrücke und Fotos über zehn Jahre und länger können hier aus Platzgründen nicht näher geschildert werden.

Demokratische Kontrolle unerwünscht.

Dass Geheimdienste eine Ge-

fahr für jede demokratische Ordnung darstellen, ist allgemein bekannt. Wie es um die Auskunftsbereitschaft und Transparenz der Dienste bestellt ist, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage, die ich im Frühjahr 2001 über die „Entwicklung der Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis in den letzten zehn Jahren“ an die Regierung gerichtet hatte.

Auf meine Frage: „Wie viele Brief-, Post- und Paket-sendungen wurden in den vergangenen zehn Jahren – im Zusammenhang mit polizeilichen bzw. staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen Verdächtige – und bei Überwachungsmaßnahmen des a) BND, b) MAD, c) Verfassungsschutzes, d) anderer Stellen (Zoll etc.) geöffnet (bitte Angaben pro Jahr) ?“ sowie „Wie viele der von diesen Maßnahmen betroffenen Personen waren Beschuldigte bzw. Verdächtige, Kontaktpersonen von Beschuldigten bzw. Verdächtigen (bitte Angaben pro Jahr) ?“ antwortete mir die Regierung lakonisch:

„Die Fragen beziehen sich auf die Informationserhebung durch die Nachrichtendienste des Bundes und eignen sich daher nicht für eine Beantwortung im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage. Die Maßnahmen...unterliegen der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium und die G 10-Kommission und werden dort unter Beachtung der notwendigen Geheimhaltung be-

trachtet.“ (Bundestagsdrucksache 14/5463, 8.3.2001.)

Mit anderen Worten: Eine öffentliche Kontrolle der Geheimdienste und ihrer Eingriffe in Grundrechte ist nicht erwünscht und findet auch nicht statt. Die Behauptung der Regierungsparteien SPD und Grüne (früher CDU/CSU und FDP), die wenigen und zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitglieder der „Parlamentarischen Kontrollkommission für die Geheimdienste“ im Bundestag – die PDS ist darin gar nicht vertreten – würden die Dienste wirklich kontrollieren, gehört schon lange in den Bereich der Ammenmärchen. Diese Geheimdienste bekommen nun mit Inkrafttreten des Antiterrorgesetzes von SPD und Grünen jedes Jahr Hunderte von Millionen DM mehr für ihre Arbeit, mehr Personal und eine Macht wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte.

„*Der Terrorist als Gesetzgeber*“, hat Heribert Prantl das gesamte Gesetz in der *Süddeutschen Zeitung* am 8./9. Dezember zutreffend beschrieben. Dem ist nichts hinzuzufügen. SPD und Grüne haben mit den Unionsparteien ein Gesetz verabschiedet, das einen rassistischen Überwachungsstaat schafft und eine Grundsteinlegung für einen Geheimdienststaat ist.

Ulla Jelpke

(Innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion.

In: Sozialistische Zeitung – SoZ 3/2002)

NAZIS IN BOTTROP

1000 Antifaschisten können Aufmarsch von 50-80 Nazis nicht verhindern

Am 15.12.2001 demonstrierten in Bottrop 800 - 1000 AntifaschistInnen gegen den zeitgleichen Aufmarsch von etwa 80 Neonazis.

Schon am Vorabend hatten über 2000 BottroperInnen in einer vom DGB und anderen Kräften organisierten Demonstration ein „Zeichen gegen Rechts“ gesetzt.

Ohne Zweifel war die allgemeine Stimmung in der Bottroper Bevölkerung am 15.12. gegen den Nazi-Aufmarsch, allerdings hatte auch die bürgerliche Propaganda, dass an diesem Tag nur , die Autonomen' marschieren würden, bei vielen Wirkung gezeigt.

Dennoch fand die Antifa_Demo dann spontan viel Zustimmung, und es stellte sich schnell heraus, dass hier keineswegs nur ,Autonome' demonstrierten, sondern vor allem auffallend viel junge Leute, in erster Linie SchülerInnen von



„Der autonome Block“

Foto: AFB

Bottroper Schulen, die sich von der Gegenpropaganda nicht abhalten ließen, an beiden Tagen zu demonstrieren.

Ein „Block“ mit vielleicht 200 Autonomen war ebenfalls anwesend (Polizeiton: „Achtet auf das blaue

Transparent !“), hatte aber nicht ernsthaft vor, angesichts eines riesigen Polizeiaufgebots – die gesamte Bottroper Innenstadt war besetzte Zone – gegen den Nazi-Aufmarsch vorzugehen.

Das dürfte auch der Polizeiführung klar gewesen sein, umso lächerlicher wirkte die Übernervosität der Einsatzleitung und der martialischen SEK-Einheiten, die schon fast ausflippten, als in der ersten Reihe hinter dem ,blauen Transparent' einige die Halstücher und Schals bis über die Nase zogen. „Nehmen Sie sofort die Vermummung ab, sonst werden wir einschreiten !“. Nun, man folgte der Aufforderung, wenn auch unwillig und nur teilweise, die Polizeiführung war offensichtlich minutenlang hin und hergerissen, ob sie nun eingreifen sollte oder nicht – entschied sich dann doch, nichts zu unternehmen, wohl auch, weil an der Spitze der Demonstration, direkt vor dem ,blauen Transparent', die VVN-Honoratioren in teilweise recht betagtem Alter marschierten.

Natürlich bildete die Polizei von Anfang bis Ende ein dichtes Spalier neben dem ,autonomen Block', um die besondere ,Gefährlichkeit' dieser Gruppe hervorzuheben.

Auf der Abschlusskundgebung sprachen ein Schülervertreter, ein Vertreter



Polizeispalier

Foto: AFB

der autonomen Antifa und zum Schluss Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer und VVN-Mitglied, der aber seinen Beitrag nicht zu Ende führen konnte. Es hatte sich nämlich rumgesprochen, dass die Nazis entgegen der Polizeibehauptungen nicht erst um 13.00, sondern zeitgleich zu der Antifa-Demonstration marschieren durften. Daraufhin verließen einige hundert Antifas nach einigen Verwirr-Spielchen mit der Polizei den Kundgebungsplatz, kamen aber natürlich nicht in die Nähe

der Nazi-Route, da die Polizei einzelne Gruppen einkesselte und die Personalien einiger Antifas kontrollierte – Anzeigen wurden nach unserem Kenntnisstand keine erhoben.

Die 50-80 Neonazis durften sich mal wieder jeglicher Unterstützung seitens der Polizei sicher sein: Unter Polizeischutz und mit Hilfe der örtlichen Verkehrsgesellschaft wurden sie



Abschlusskundgebung

Foto: AFB

nach ihrem Aufmarsch aus der Stadt eskortiert.

Stephan W. Born (AFB)

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie,
herrschaftslose gesellschaft

- ★ widerstand gegen staat und krieg
- ★ ökologie
- ★ antirassismus und antisexismus
- ★ gewaltfreier anarchismus
- ★ concert for anarchy u.v.m.

Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)

Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11,

D-53947 Nettersheim

www.graswurzel.net

Resolution

gegen Einschränkungen des Versammlungsrechts, gegen "Gefährderanschriften" und "Gewalttäterdateien"

Im Vorfeld des EU-Gipfels in Brüssel wurden insgesamt 13 GöttingerInnen von der örtlichen Politischen Polizei (4. Fachkommissariat) angeschrieben. Gemein ist allen 13 Betroffenen, daß sie sich seit Jahren in verschiedenen politischen Gruppen und Bewegungen in Göttingen engagieren. In diesen sog. "Gefährderanschriften" wurde ihnen "nahegelegt", besser nicht an den europaweiten Demonstrationen in Brüssel zu teilzunehmen. Wörtlich heißt es in dem polizeilichen Anschreiben (Rechtschreibfehler im Original):

"Gefährderanschriften"

Der Polizei Göttingen ist bekannt, dass sie im Zusammenhang mit versammlungsrechtlichen bzw. demonstrativen Aktionen polizeilich in Erscheinung getreten sind.

Daher ist es nicht auszuschließen, dass sie auch in Zukunft an demonstrativen Ereignissen teilnehmen werden.

Für den 13.-15. Dezember 2001 sind demonstrative Aktionen gegen den EU-Gipfel in Brüssel geplant. Zu diesen Aktio-



Alles nicht so schlimm...

Foto: dpa

nen in Belgien rufen gewerkschaftliche-, studentische-, linksautono-

me-, Antifa-Gruppen, sowie sonstige Globalisierungsgegner auf.

Bei gleichgelagerten Aktionen (z.B. Göteborg, Genua pp.) kam es in der Vergangenheit zu erheblichen gewaltsamen Ausschreitungen seitens einiger Demonstrationsteilnehmer. Auch während dieses EU-Gipfels ist damit zu rechnen.

Um zu vermeiden, dass sie sich der Gefahr präventiver polizeilicher Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr (bis hin zur Zurückweisung an der deutsch-belgischen Grenze) oder strafprozessualer Maßnahmen aus Anlass der Begehung von Straftaten im Rahmen der demonstrativen Aktionen aussetzen, legen wir ihnen hiermit nahe, sich nicht an den o.g. Aktionen zu beteiligen."

Mittels dieser offen formulierten Androhung von Repressalien versuchte die Göttinger Polizei, Menschen von der Teilnahme an den europaweiten Demonstrationen in der belgischen Hauptstadt abzuschrecken. Doch diese Einschüchterungsversuche haben nicht gefruchtet: es sind trotzdem zehntausende von DemonstrantInnen aus ganz Europa nach Brüssel gefahren - darunter auch einige der mit "Gefährderanschriften" versehenen Personen.

Wir protestieren

gegen derartige Versuche der Einschränkung von Meinungs- und

Bewegungsfreiheit, gegen die Erfassung und Speicherung von Informationen über politisch aktive Menschen, gegen die Einschüchterungs- und Drohveruche der Polizei, gegen die öffentlichen Diffamierungsversuche von Einzelpersonen und politischen Inhalten durch "Gefährderanschriften", "Gewalttäterdateien" u.ä..

Die wirklichen GewalttäterInnen in diesem EU-Europa sind diejenigen, die Bombenkriege gegen Länder wie Jugoslawien und Afghanistan führen, die Militärdiktaturen wie die Türkei mit Panzern und Folterwerkzeug versorgen, die Asylsuchende in Lager und Abschiebeknäste sperren, um sie anschließend in ihre Verfolgerstaaten abzuschicken. Gewalttäter sind nicht zuletzt diejenigen, die wie in Göteborg und Genua von der Schußwaffe Gebrauch machen und dabei auch getötete DemonstrantInnen in Kauf nehmen.

Wir fordern:

- die vollständige Aufklärung den 13 Betroffenen gegenüber, welche Daten wie, warum und auf welcher rechtlichen Grundlage polizeilich erfaßt und gespeichert wurden,
- die sofortige und vollständige Löschung der in diesem Zusammenhang angefallenen Datensätze,
- die unverzügliche Vernichtung der sog. "Datei Gewalttäter" und aller anderer Dateien, in denen politisch aktive Menschen aus der Linken einzig aufgrund ihrer politischen Gesinnung gespeichert werden,
- wir fordern Bewegungsfreiheit und Versammlungsrecht, unabhängig von Herkunft, Staatsbürgerschaft oder Religion,
- wir fordern offene Grenzen in und nach EU-Europa sowie freie politische Betätigung für Nichtdeutsche, Flüchtlinge und Asylsuchende.

Wir erklären uns mit allen solidarisch, die an der Teilnahme an den Demonstrationen in Brüssel durch die Polizei gehindert oder bei der Wahrnehmung ihres Demonstrationsrechts von der Polizei angegriffen wurden.

Wir rufen alle politisch aktiven Menschen auf, sich nicht von derartigen polizeilichen oder geheimdienstlichen Maßnahmen einschüchtern zu lassen, sondern weiterhin für ihre politischen, sozialen



Ich meine es doch nur gut...

Foto: dpa

und kulturellen Belange einzutreten.

Ende Januar werden dann auch die ersten Ergebnisse der parlamentarischen Anfragen an die EU-Kommission und den niedersächsischen Landtag vorliegen. Für diesen Zeitraum werden in Göttingen auch Veranstaltungen zum Thema geplant, um über Meldeauflagen und "Gefährderanschriften" zu informieren und weiteren öffentlichen Druck aufzubauen, um die Polizei und das nds. Innenministerium weiter in die Defensive zu drängen. Die Resolutions-Kampagne soll ein Baustein in diesem Konzept sein. Durch breiten öffentlichen Druck können wir verhindern, daß derartige Anschreiben in Niedersachsen Fuß fassen! Schickt eure unterschriebene Resolution bitte an die folgende Adresse:

Rote Hilfe Göttingen
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
Fax: 0551/770 8009
Email: goettingen@rote-hilfe.de

Journalismus oder Scharlatanerie ?

Burkhard Schröder geistert durch die Antifa

Umstritten war er schon immer, aber wo fängt überzogene Selbstdarstellung an und wo endet seriöser Journalismus ? Mit vielen seiner Artikel und Bücher, machte sich Schröder einen Namen, wenn auch manches nicht ganz so gründlich recherchiert erschien und er als Referent oder bei der öffentlichen Vorstellung seiner Schriften manchmal einen sehr oberflächlichen Eindruck hinterließ.

Schon sein Auftritt aber als "Erlkönig" Mitte der 90er Jahre im Nazi-Thule-Net war mehr als peinlich und bevor nicht diese Nazis ihn selbst enttarnten, konnte man keinen Unterschied zwischen seinen und den Einträgen echter Nazis feststellen. Nach seiner Enttarnung gab er nicht gleich auf, sondern sein weiteres Geschreibsel dort erweckte teilweise den Anschein, als biedere er sich an.

Er wird von vielen ernsthaften Antifaschisten abgelehnt, vor allem wegen seiner umfangreichen Linkssammlung zu Naziadressen auf seiner Internetseite, die er trotz aller Kritik vehement verteidigt. Während viele der seriösen Initiativen - darunter auch einige der nachfolgenden - sich vehement und mit Erfolg dafür einsetzen, daß Nazis-Seiten aus dem Netz verschwinden, gerade auch im Interesse des Jugendschutzes, sorgen Schröders Links mit für die weitere Verbreitung der Schmutz-Seiten, helfen rechtsorientierten Jugendlichen, Anschluß an die internationale Nazi-Szene zu finden.

Dabei sind alle, die sich wirklich gegen Rechtsextremismus engagieren oder nur informieren wollen, nicht auf die umstrittenen Seiten Schröders angewiesen, sondern können dies weit besser bei folgenden Initiativen:

www.nazis-im-internet.de

= <http://www.hagalil.com> Förderverein haGalil e.V. - jüdisches Info-Forum

www.fasm.de Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia Diensteanbieter e.V.

www.naiin.de naiin e.V. - Verein gegen Missbrauch im Inter-

net

www.shoah.de

= www.AKdH.ch Aktion Kinder des Holocaust

www.jugendschutz.net Jugendminister der Länder

[\[deutschland.de\]\(http://www.internet-notruf-deutschland.de\) Meldestelle für rechte Umtriebe](http://www.internet-notruf-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Links zu Naziseiten können auch sehr nützlich sein: für Experten, Forscher, Polizei und Justiz sowie Journalisten und insofern bedient sich auch der Autor oft Schröders Angebot. Dazu ist es jedoch nicht notwendig, diese Links für die gesamte Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ein geschlossenes Angebot für wirklich berechnete Interessierte mit hoher Zugangsvoraussetzung unterscheidet ein wirklich seriöses Link-Angebot von Schröders Selbstbedienungsladen.

Besonders schlimm wird es, wenn auf den Schröder-Seiten seriöse und erfolgreiche antifaschistische Initiativen oder Mitarbeiter von EXIT-Deutschland in den Schmutz gezogen werden, wie z.B. die Aktion Kinder des Holocaust" AKdH), die in der Schweiz wie in der Bundesrepublik hervorragende und richtungsweisende Arbeit gegen Neonazis leistet. Schröder ver-

unglimpft die AKdH, indem er Ihr Internet-Angebot als zweifelhaft diffamiert und AKdH-Sprecher Samuel Althoff in Mißkredit bringt. Dabei sind Samuel Althoff und seine Mitarbeiter schon einem ungeheuren Bedrohungspotential von Neonazis ausgesetzt, wie nachfolgendes Beispiel zeigt. Schröder macht sich somit zum unfreiwilligen Handlanger von Nazis und spielt ihnen die Bälle zu.

"16. März gesendet von mengele@antisemit.de nachricht = Heil Dir Samuel

Auf www.nazi-lauck-nsdapao.com kannst du schöne Nachbildungen von Zyklon B Kanistern kaufen. Voll geil, wat ? Naja du Jude... Ich denke mal ich werde dich auf Münchenstein "besuchen" kommen ! Wenn du wüsstest was wir mit dir und deiner Familie vor haben... uiui. Ok hier ma ein TIP: Stell dir das schlimmste vor, multipliziere es mit 5 und nimm noch ein paar Dr. Mengele Versuche dazu ! Dann kommst du vielleicht drauf, was ich mit dir mache du Judensau ! Jeder Mensch muss irgendwann sterben. Aber da Juden keine Menschen sind, musst du sofort sterben !!! Du bist ein Angehöriger einer Min-

derrasse die es nicht wert ist zu leben. Ihr seit die Ausgeburt der Hölle !!!! Nieder mit dem Judentum ! Wir werden euch alle Jagen und vernichten! Die Arische Rasse wird siegen ! (...) Nur schade, dass du das ganze wohl nicht mehr miterleben wirst... Keine Überlebenden ! Kein Entkommen ! JUDE AB IN DEN OFEN ! Ein 3-faches SIEG HEIL."

Die AKdH ist ein internationaler Zusammenschluss von Nachkommen Überlebender der nationalsozialistischen Judenverfolgung und des antifaschistischen Widerstands, sowie deren Angehörige und Freunde, ... sie sind sozusagen "Kinder" von Menschen, die direkt oder indirekt,

der nationalsozialistischen Verfolgung ausgesetzt waren. Einer ihrer Schwerpunkte ist der Kampf gegen Nazi-Aktivitäten im Internet, mit großem Erfolg. "Es ist ein Kampf gegen Windmühlen", so Samuel Althof am 5.3.2000 gegenüber der Frankfurter Rundschau. Die Basler Zeitung berichtete am 7.3.01: «Rassenkrieg», «Blutrausch», «Gaskammer»: Hunderte von widerwärtigen rechtsextremistischen Websites waren in der Schweiz über den amerikanischen Provider Front14 abrufbar. Damit ist jetzt Schluss, dank der Aktion Kinder des Holocaust (AKdH). (...) 754 rechtsextremistische Webseiten können ... nicht mehr abgerufen werden."

Gegen die böswilligen Angriffe Schröders wandte sich bereits im August 2001 Jürgen Gechter, Bundessprecher der VVN-BdA: "In einer Presseinformation teilte (...) Burkhard Schröder (...) den Medien mit, dass es sich bei der Organisation "Zusammen gegen Rechts

im Internet" und bei der "Aktion der Kinder des Holocaust" speziell Samuel Althoff um "Hochstapler und Trittbrettfahrer" und bei den Internetseiten um "Fragwürdige Seiten" handle. Mit beiden Organisationen arbeitet die VVN-BdA seit längerer Zeit intensiv zusammen. (...) Auf der Internetseite von Burks (... Burkhard Schröder) werden die Beiden und andere genannt und weiter diffamiert. (...)

Auf seiner Internetseite (www.burks.de) hält er eine überaus beachtlich große Linkliste neofaschistischer Seiten parat, die durch einfaches Anklicken erreicht werden können. Bei der Verteidigung vor Gericht, als er wegen Verbreitung verfassungsfeindlicher Organisationen angezeigt war, erklärte er sich "als einzig vernünftigen Antifaschisten, weil er seine Feinde nicht versteckt sondern der Lächerlichkeit preisgibt." Persönlich schrieb Gechter dann an Schröder: "Dass du dann aber auch noch Samuel Althoff von der "Aktion Kinder des Holocaust" (Samuel ist selbst als Nachkomme vom Holocaust betroffen) als Hochstapler bezichtigst, überschreitet die Grenze des eh' schon schlechten Geschmacks." Am 29.8.01 antwortete Schröder: "Auf dem Niveau, das nicht das Meinige ist, erübrigt sich eine Diskussion. (...) Wer Meinungen verbieten und das über Sperrungen von Websites erreichen will, dokumentiert eine obrigkeitshörige Blockwart-Mentalität, die typisch deutsch und mich erbrechen lässt", und über den AKdH: "Die "Aktion" besteht nur aus einer Person, die im übrigen fragwürdige Dinge initiiert." In einem Brief an den Rechtsanwalt der AKdH vom

22.09.2001 legte Schröder dann nochmals nach: "... 1. "fragwürdige Seiten" ist eine politische Meinungsäußerung, zu der ich auf Grund meiner Recherche gekommen bin. (...) 3. Ich sehe auch nicht, inwieweit Ihr Mandant einen Beitrag zur "Sensibilisierung der Verbreitung von Nazi-Homepages" geleistet hat. Ganz im Gegenteil:

Ihr Mandant ist ein Gegner der Meinungsfreiheit, weil er Meinungen unterdrücken will. (...) Wenn strafrechtlich relevante Meinungen auf den Servern liegen, (...) ist das eine Angelegenheit der jeweiligen Staatsanwaltschaft - und nicht eine Sache von selbsternannten Internet-Blockwarten. (...) "Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten." (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN-Vollversammlung vom 10.12.1948, Artikel 19) (...) In diesem Sinne halte ich Herrn Althof für einen politischen Gegner, der zum Menschenrecht auf Meinungsfreiheit, wie sie von der UN garantiert wird, ein nur taktisches Verhältnis hat. Die Position Ihres Mandanten ist, gelinde gesagt, fragwürdig. (...) 5. Hinter der "Aktion Kinder des Holocaust" steht (...) meines Erachtens nur eine Person. Das grenzt - ganz subjektiv - an Hochstapelei." Die Berufung auf die Meinungsfreiheit und die UN-Menschenrechte sowie die Klage, daß Meinungen unterdrückt würden finden sich in ähnlicher

Diktion und Formulierung in vielen Texten von Nazis, so daß man sich unwillkürlich fragen muß, ob nicht bei manchen Menschen die allzu intensive Beschäftigung mit dem geistig wirrem Nazi-Schund und ob-

Nun hat Schröder den Internet-Notruf im Visier und die seriöse Zeitung Tagesspiegel Chefredakteur Giovanni di Lorenzo ließ sich zum Abdruck eines Schröder-Machwerkes hinreißen, in dem er die Initiative als

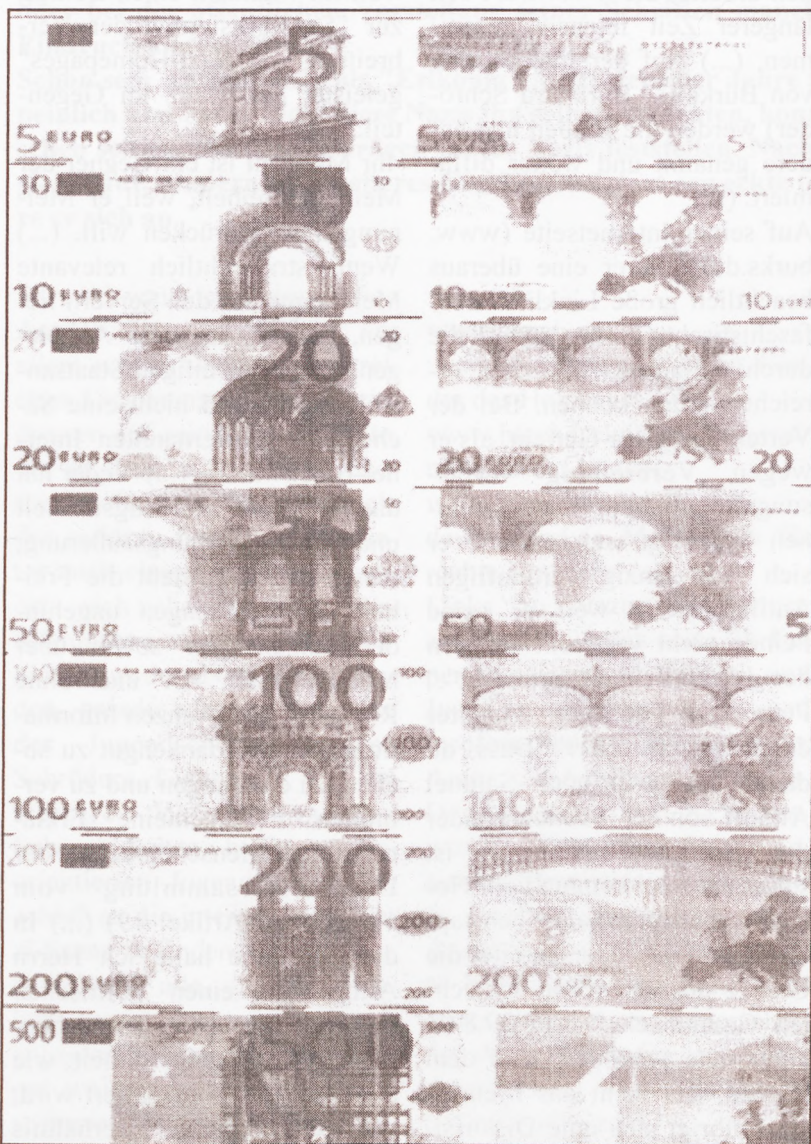
den, Vergewaltigung Lebensängste, Depression. Auch "Kinderpornografie" und Rechtsextremismus (Aussteiger aus der Szene) fehlen nicht. Die Links, die die Website Sokolls anbietet, führen aber zu Angeboten ganz anderer Institutionen."

Gerade dies macht aber die Hauptarbeit des Notrufes aus: Zentral und anonym als Erstan-sprechpartner zur Verfügung zu stehen und Hilfesuchende dann an örtliche Beratungsstellen zu vermitteln.

Wenn dieser Journalist bei seinen Büchern, Artikeln und anderen Publikationen ähnlich unseriös und einseitig recherchiert hat, wie bei seinen Angriffen auf gestandene und erfolgreiche Antifaschisten, die nur das eine Manko haben, nämlich nicht seiner Meinung zu sein oder ihn als letzte und höchste Instanz des europäischen Antifaschismus anzuerkennen, dann dürften wohl auch seine Publikationen nicht ernst zu nehmen sein. Der einzige, der im Zwielf steht, ist Schröder selbst.

Die bisherigen von Schröder durch sein unglaublich destruktives Verhalten ausgelösten Kontroversen waren zu stark vom Zorn geprägt, vom Zorn, der meist verdienstvollen und zu Unrecht Angegriffenen. Nüchtern betrachtet indes, ist er weder eines Zornes noch eines Aufhebens würdig, zu ungläub-würdig und emotional aufgebläht erscheinen seine Anwürfe. Die wirklich Geschädigten sind Redaktionsleiter und Chefredakteure, wie Giovanni di Lorenzo, die guten Glaubens auf ihn hereinfliegen und solchen Schund drucken.

Manfred Büttner



Was verdient man beim Verfassungsschutz? Foto: Bund

skuren Ideologien, die an wirre Gedanken Geisteskranker erinnern, nicht doch zu bleibenden Schäden führt, ein Grund mehr, das Nazi-Geseiere von normalen Menschen und insbesondere Jugendlichen fernzuhalten, statt, wie Schröder dies fordert, auch Nazis ihre Meinungsfreiheit ausleben zu lassen.


"Nepper, Schlepper, Bauernfänger" und "Hochstabler" bezeichnet:

"Der "Notruf" gibt vor, bei fast allen Problemen online und per E-Mail Hilfesuchende an Berater zu vermitteln: Gewalt durch Eltern, Lehrer, Partner, Mobbing, Alkoholsucht, Bulimie, Erpressung, Missbrauch, Schul-

Attatro

Buchladen GmbH

Hemer Str. 16
45657 Recklinghausen



Partner der Bücherplöde

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00

BUCHLADEN

TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT, SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN, KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN, MEDIEN-PSYCHOLOGIE,
- ÖKONOMIE, POLITIK, GESCHICHTE, FRAUEN-KULTUR, KINDER-VÄTER-,
- MÄNNER-GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturfesthaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel.: 0231-54 16 89

Wir bestellen jedes verfügbare Buch

SONNENBLUME

Naturkost . Naturwaren



Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
am Hauptbahnhof
Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbuffets
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATURKOST & WAREN

Schallplattenversand

Mathias Henk
Postfach 11 04 47
26207 Bremen

Der Antifa Platten Versand



Bei uns erhältlich:
ANTIFA CD'S aus Holland:
X-TREM mit Smut, Roggel,
No Men, Odi Odi u.v.a. (mit
Aufkleber Aufnahme) CD DM 22,00
Sampler: Gramschap 1978-1996
Door Mekaar, Zowieso, The Ex,
Baader Pop Gruppe, Drake,
Kess u.v.a. DCD DM 33,00
Erdtitch per Post oder:
Buch-CD-Laden: "Hamburger Allee",
Hamburger Allee 35, 60486
Frankfurt/Main oder
Boekhandel Rosa,
Folkingedwardsstrak 16A, 9701 JA
Groningen- Niederlande
Bestellt den Katalog!

Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel. & Fax: 0421-6988535
E-mail: JUMPUP@t-online.de

Artistik

BALANCE

Theater Kunst

Fahrräder

Bochum 1205/152 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10^h - 19^h
Samstags 10^h - 14^h / langer Samstag

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH

Hattinger Straße 188 44795 Bochum

Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle



Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

TERRE DES FEMMES

Buchkalender für Frauen 2002

Planerin

- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Herausnehmbares Adressbuch
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- Praktischer Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen

DM 23,50/€ 12, ÖS 180, SFR 23,50
• Erscheint im August 2001 · ISBN 3-9806165-5-X

TERRE DES FEMMES E.V. Postfach 2565, 72015 Tübingen
Tel. 07071-7973-0, Fax 07071-7973-22



WENSCHECHENRECHTE FÜR DIE FRAU

ERICH FRIED EINGÄNGIG

**Einladend
ausladend
mit offener Hand und
mit offenem Mund und
fast treuherzigen Augen
„Hereinspaziert
in die sorglichen Stacheldrähte !
Hereinspaziert
In den gesicherten Raum !“**

**Denn auch da drinnen ist Leben
wenn auch vielleicht
unklar ob menschlich
oder tierisch
ob frei oder unfrei
Aber wer weiß schon
wo die Freiheit liegt
vor oder hinter dem Draht ?
Einladend
ausladend...**

**Und den Frieden wird nur erhalten
wer diesem Frieden aus Stacheldraht und aus
fast offener Gesten
und aus fast
treuherzig blickenden Augen
wer diesem bewaffneten Frieden
der da verkauft wird
nicht traut
oder wenigstens nicht mehr traut
und noch mehr
als nicht traut**